

3.2 Akteur:innen in Gedenkstätten und Museen und ihre Perspektiven auf geschichtskulturellen Wandel in der Migrationsgesellschaft

Cornelia Chmiel, Martin Lücke und Alina Welp

In diesem Bereich historischen Lernens untersuchen wir Akteur:innenperspektiven in Museen und Gedenkstätten, die sich als Agenten von »Geschichtskultur in der Zweiten Moderne« (Beier 2000) als wirkmächtige Institutionen der Aushandlung von *Divided, Shared und Conflicting Memories* etabliert haben (siehe Kapitel 1.2). Wir gehen davon aus, dass Museen und Gedenkstätten als öffentliche oder zumeist öffentlich geförderte Einrichtungen Repräsentanten einer hegemonialen Erinnerungskultur sind und diese sowohl widerspiegeln als auch reproduzieren. Gleichzeitig sind Mitarbeiter:innen an diesen Orten in ihrer Arbeitsweise unabhängiger als etwa in Institutionen der schulischen Bildung, verstehen die eigenen Institutionen oftmals auch als Orte der wissenschaftlichen Archivierung oder Forschung und entwerfen Bildungskonzepte, die sich bewusst als *außerschulische* Angebote verstehen.

Museen und Gedenkstätten sind in den vergangenen Jahren zu einem intensiv bearbeiteten Feld empirischer kulturwissenschaftlicher und geschichtsdidaktischer Forschung geworden. Insbesondere Joachim Baur et al. (2015) bieten Ansätze an, mit denen Museen und ihre Ausstellungen unter museologischen, semiotischen, narratologischen und geschichtswissenschaftlichen Fragestellungen untersucht werden können. Susanne Popp und Bernd Schönemann haben bereits 2007 das Museum als außerschulischen Lernort unter der Maßgabe der Kompetenzorientierung beschrieben und analysiert (Popp/Schönemann 2017). Zuletzt hat Vasco Kretschmann (2017) ein Analyseraster vorgelegt, mit dem das Konzept der Geschichtskultur auch auf die Analyse von vergangenen Geschichtsausstellungen bezogen werden kann, also auf museale Orte, die in unserer Gegenwart nicht mehr erfahrbar sind. Diesen Ansätzen fehlt jedoch eine akteur:innenbezogene Perspektive, die nicht die Rezipierenden, das Museum als Institution oder dessen materielle Ausdrucksformen ins Zentrum der Analyse stellt, sondern den Blick auf diejenigen richtet, die in den Institutionen die Produktion und Reproduktion von historischen Narrationen und den Transfer von historischem Wissen in die Gesellschaft verantworten und gestalten.

Wir untersuchen deshalb, wie Akteur:innen in Museen und Gedenkstätten, die im Spannungsverhältnis von institutionellen Zwängen, fachlichen Ansprüchen und Bildungszielen tätig sind, bei der Konzeption von Museums- und Ausstellungsinhalten und Bildungsprogrammen im pädagogischen Alltag auf die Pluralisierung historischer Sinnbildung angesichts von Migration und Vielfalt reagieren. Wir fragen, nach welchen Gesichtspunkten sie Ausstellungsinhalte und pädagogische Materialien (etwa Schüler:innenworkshops, Print- und Onlineangebote, Ausstellungsbegleitungen) entwerfen und nach ihrem Selbstverständnis in einem Prozess der Pluralisierung historischer Sinnbildung: Sehen sie sich als Agierende oder Reagierende? Welche Agency weisen sie sich selbst als Akteur:innen zu? Aus diesem Erkenntnisinteresse heraus haben wir konkrete Leitfragen für unsere Befragung der Akteur:innen entwickelt: Welche Ausprägungen geschichtskulturellen Wandels nehmen die Akteur:innen an Museen und Gedenkstätten wahr? Welche Rolle spielen ihnen zufolge dabei Migrationsprozesse? Wie bewerten sie die Relevanz der eigenen Institution und ihre eigene Rolle? Mit welchen Erinnerungspraktiken agieren sie selbst im geschichtskulturellen Wandel, welche Wirksamkeit sprechen sie ihren Aktivitäten zu und wie äußert sich das in der Gestaltung historischer Bildungsangebote?

Dazu befragten wir insgesamt 30 Akteur:innen in acht Institutionen, die die Bandbreite der historisch-politischen Bildung in Deutschland widerspiegeln. Im Verlauf der Auswertung haben wir unsere Analyseergebnisse an Akteur:innen des Forschungsfeldes zurückgespielt und in Workshops gemeinsam reflektiert. Neben den hiermit vorgelegten Forschungsergebnissen sind auf Grundlage der Auswertung der Interviews Materialien für die historisch-politische Bildungsarbeit entstanden. Unsere Ergebnisse präsentieren wir hier in drei Panoramen: *Geschichtskultureller Wandel*, *Migrationsgesellschaft* sowie *Erinnerungspraktiken und historisches Lernen*.

3.2.1 Perspektiven auf geschichtskulturellen Wandel

Es hat sich was verändert. Es ist furchtbar langsam und ich glaube tatsächlich, dass die nächsten Generationen ein bisschen schneller sein werden. Das geht aber parallel, ne? Also, dass wir eine Stärkung marginalisierter Positionen haben und eine lautere Stimme und gleichzeitig irgendwie diesen Rechtsruck, diesen national-identitären Wunsch, sich selbst wieder zu finden und deutsche Visionen zu fantasieren. Das geht immer parallel und da bin ich gespannt, wie sich das entwickelt in den nächsten Jahren. (B114: 83)

Im Interviewmaterial beschreiben die Befragten Geschichtskultur als beständigen Aushandlungsprozess, in dem sie auch ihr eigenes Handeln positionieren. Dieser Prozess ist geprägt von einem allgemeinen politischen Wandel und ihrem eigenen Vermögen (ihrer Agency), diesen Wandel mitzugestalten. In der Betrachtung dieser Prozesse erscheint gerade das Nachdenken über Gesellschaft als Migrationsgesellschaft eine Perspektivverschiebung zu ermöglichen: In einer pluralen Gesellschaft, in der Zugehörigkeiten und Selbstverständnisse stetig ausgehandelt werden, besteht eine Vielzahl von Geschichtserzählungen, mithilfe derer Individuen und Gruppen vielfältige Identitäten

konstruieren. Welche Erzählungen sich dabei Geltung verschaffen und welche Perspektiven ungehört bleiben – so die Auffassung vieler Interviewter –, ist abhängig von gesellschaftlichen Macht- und Repräsentationsstrukturen. Um die Fragen, was genau die von uns befragten Akteur:innen unter geschichtskulturellem Wandel verstehen, welche Entwicklungen sie beschreiben, wie sie darüber sprechen und wie sie ihre eigene Rolle in diesen Prozessen bewerten, wird es im Folgenden gehen.

Indikatoren des Wandels

Nach geschichtskulturellem Wandel gefragt, beziehen sich die Befragten in ihren Antworten v.a. auf gegenwärtige Entwicklungen, die sie aus ihrer jeweiligen Position in ihrer Institution beleuchten. Relevant sind dabei v.a. die Konsequenzen, die für ihr eigenes professionelles Handeln aus dem Wandel resultieren. So beschreiben die interviewten Expert:innen, wie geschichtskulturelle Entwicklungen ihre Arbeit beeinflussen, und vereinzelt auch, inwiefern die eigene Institution als aktive Gestalterin dieses Wandels auftritt. Dabei sprechen nicht alle Interviewten dem geschichtskulturellen Wandel direkte Auswirkungen auf die Institution zu. Die institutionelle Rahmung erscheint hier als eine Grenze zwischen einem Inneren – Museum oder Gedenkstätte – und einem Äußeren, der Gesellschaft.

Allgemein besteht eine gewisse Unsicherheit darüber, woran sich dieser Wandel festmachen lässt. Viele Akteur:innen stellen infrage, ob es sich bei den von ihnen wahrgenommenen Prozessen tatsächlich um geschichtskulturelle Entwicklungen der Gesellschaft handelt oder ob sich ihre Wahrnehmung von Geschichtskultur verändert hat. So benennt bspw. BII8 zunächst die wachsende Bedeutung von Gedenkstätten und beklagt, diese würden dabei zunehmend gleichgesetzt und ihres spezifischen historischen Kontexts enthoben. Sie schränkt aber sogleich ein: »Das ist ein gesamtes geschichtskulturelles Phänomen, was ich als gestiegen wahrnehme, wo ich aber nicht sagen kann, ob das nicht ein Prozess der eigenen gestiegenen Empfindlichkeiten [ist]. Das spielt da sicherlich auch mit rein« (BII8: 37).

In nahezu allen Interviews wird hervorgehoben, dass geschichtskulturelle und gesellschaftliche Entwicklungen sich wechselseitig bedingen. So schreibt z.B. BII14 (83) die Existenz neuer geschichtskultureller Narrative und einer größeren Sichtbarkeit vielfältiger Perspektiven einem veränderten gesellschaftlichen Selbstverständnis als plurale Gesellschaft zu. Gleichzeitig tragen geschichtskulturelle Veränderungen ihren Teil zu einem solchen veränderten Selbstverständnis bei: BII16 (69) unterstreicht die Bedeutung der Bestrebungen, nationalgeschichtliche Ansätze durch verflechtungsgeschichtliche zu ersetzen, was ermögliche, Nation als ein Konstrukt zu betrachten, das über seine Grenzen hinaus in globale Entwicklungen eingebettet ist. Umgekehrt, so führt BII7 aus, diene eine Besinnung auf Nationalgeschichte Akteur:innen wie der AfD als Instrument, das Bild einer homogenen nationalen Einheit zu konstruieren (BII7: 12).

Beschreiben die Akteur:innen geschichtskulturellen Wandel, benennen sie unterschiedliche Indikatoren. Gemeinsam ist ihnen dabei, dass der Wandel v.a. als Verschiebung gesellschaftlicher Diskurs- und Repräsentationsverhältnisse beschrieben wird. Dabei weist BII27 jedoch darauf hin, dass zwar im Sprechen über Geschichte eine größere Stimmenvielfalt herrsche, es jedoch wichtig sei, zwischen der Präsenz vielfältiger

Stimmen und deren Repräsentation zu differenzieren. Auch wenn in einer pluralen Gesellschaft immer vielfältige Erzählungen gegeben seien, sei es nicht selbstverständlich, dass diese auch gehört werden (BII27: 47). Veränderungen der Geschichtskultur bestehen einigen Befragten zufolge jedoch auch darin, dass sich neue Narrative ihren Weg bahnen. Erzählungen über die Geschichte der DDR sowie des Nationalsozialismus charakterisieren die Befragten einhellig als festen Bestandteil deutscher Nationalgeschichte: »Das ist so ein Kanon, der sich durchzieht« (BII3: 43). Inzwischen hielten jedoch auch immer mehr verflechtungsgeschichtliche Ansätze Eingang in die bestehenden Narrative, die mit dem Bild einer linearen Nationalgeschichte brechen (BII16). Neben Migrationsgeschichte werde hier Kolonialgeschichte zunehmend relevant.

Das rückt auch den Konstruktionscharakter von Geschichte ins Sichtfeld, wodurch sich die Art und Weise, wie Geschichte erzählt wird, verändert. Durch die Erkenntnis, dass Geschichte stets aus einer gegenwärtigen Perspektive und den jeweils zeitgenössischen Bedürfnissen und Bedarfen heraus erzählt wird, erhalten Gegenwartsbezüge in der – bspw. musealen – Konstruktion von Erzählungen einen neuen Stellenwert. So äußert bspw. BII15 (18), auch in Gedenkstätten werde zunehmend darüber nachgedacht, »wie man im 21. Jahrhundert historische Bildung mit Bildung für die Gegenwart verbinden kann« und »Fragen für die Gegenwart, für gegenwärtige gesellschaftliche Verhältnisse, für ein gesellschaftliches Zusammenleben stellen kann«.

Geschichtskultureller Wandel besteht den befragten Expert:innen zufolge dementsprechend in einer Veränderung, wessen Geschichten durch wen und auf welche Weise erzählt werden. Uneinigkeit besteht in Bezug darauf, ob sich dabei auch die Relevanz von Geschichte für die Gegenwart verändere. Während bspw. BII30 und BII17 konstatieren, die öffentliche Bezugnahme auf Geschichte habe zugenommen, vermutet BII25 (97), die Herausforderungen der Klimakrise würden dazu führen, dass Geschichte künftig zunehmend irrelevant werde: »Also vielleicht bin ich da ein bisschen schwarzmalersch. Aber ich glaube, dass die nächsten Jahrzehnte für uns alle eine große Herausforderung werden. Ich weiß nicht, wie viel man dann überhaupt noch Zeit haben wird, sich mit Geschichte zu beschäftigen.«

Konzeptionen von Wandel

Veränderungen von Geschichtskultur erweisen sich in den Interviews als deren zentrales Charakteristikum: »Ich weiß gar nicht, ob wir jemals Jahre hatten, wo das konstant geblieben ist« (BII17: 31), formuliert es eine:r¹ unserer Befragten. Legt man einen Querschnitt durch das Material, kristallisieren sich Entwicklungen heraus, die sich als geschichtskultureller Wandel charakterisieren lassen. Dabei fällt auch auf, welche Fragen die interviewten Akteur:innen im Bereich Museen und Gedenkstätten laut ihren Aussagen nicht beschäftigen. So wird bspw. vielfach darauf verwiesen, dass die Zeitzeug:innendebatte keine neue Herausforderung darstelle, sondern ein »wirklich alte[s] Thema, was wir auch schon seit 25 Jahren diskutieren, und was wir aber einfach nicht

1 Um die Anonymisierung der Befragten zu gewährleisten, haben wir uns für eine Genderschreibweise bei deren Benennung entschieden, die nicht aufdeckt, welchem Geschlecht sich die Person zuordnet.

ändern können« (BII17: 23). Dementsprechend wird es in den Interviews zwar angeschnitten, aber nicht vertieft.

Zudem scheinen in unserem Sample der Medienwandel und die Digitalisierung in Hinblick auf Wandel kaum Gewicht zu haben; beides wird am ehesten im Rahmen von Äußerungen zu Partizipation in Museen thematisiert. Im Vergleich zu den Akteur:innen in Schulen und im Bereich der Bildungsmedienproduktion wird von den von uns Befragten der Digitalisierung jedoch eine geringere Bedeutung beigemessen. Im Folgenden möchten wir darstellen, welche Konzeptionen von Wandel sich im Material als besonders ausgeprägt erweisen.

Pluralisierung von Erzählungen und Erinnerung

Ich glaube, man findet das, wenn man darauf achtet, dass Geschichten, die in der Gesellschaft einfach da sind, gerade mit Blick auf Migrationsgesellschaft, total divers sind. Aber inwieweit die immer auch eine öffentliche Plattform sozusagen bekommen und repräsentiert werden, ist, glaube ich, noch mal eine andere Frage. Also da tut sich, glaube ich, viel in dem ganzen pädagogischen Bereich auch. [...] Ich glaube, da ist eine ganz große Menge so am Rühren, um auch da diesen Kontext von Pluralität immer mitzudenken. (BII27: 47)

Gesellschaft ist stets durch eine Vielzahl von Positionen, Lebenssituationen und Perspektiven geprägt. Dabei ist Migrationserfahrung oder ein sog. »Migrationshintergrund« auch in den Interviews zwar das meistgenannte, jedoch nur eines von zahlreichen Kriterien, über die gesellschaftlich Differenz hergestellt wird. Eine neue Entwicklung, die in vielen Interviews benannt wird, sei jedoch, dass die bestehende Perspektivenvielfalt auch Gehör findet, oder anders formuliert: dass Akteur:innen, deren Perspektiven lange marginalisiert wurden, sich ihre Repräsentation erstreiten. Auf diese Weise wird Multiperspektivität für einen Großteil der Akteur:innen in Museen und Gedenkstätten in der Ausstellungsgestaltung, aber auch in der pädagogischen Arbeit, zur obersten Maxime. Dementsprechend gelte es, Zeugnissen von Gruppen, die in bisherigen Geschichtserzählungen marginalisiert wurden, nachzuspüren, »Vielfalt zu sammeln« und »abzubilden« (BII21: 25), wie es ein:e Befragte:r formuliert. Gleichzeitig sei zu hinterfragen, welche Quellenlücken zu Repräsentationsdefiziten führen. Nur so kann in den Augen eines Großteils der befragten Expert:innen eine Bildungsarbeit gelingen, die die Pluralität der Erfahrungen der Besucher:innen spiegelt und vielfältige Anknüpfungspunkte sowie Identifikationsangebote bereitstellt. Um eine solche inklusive Erinnerungsarbeit zu gewährleisten, müssten, so fordert BII26 (13), auch Ein- und Ausschlüsse in der eigenen Institution analysiert und hinterfragt sowie Barrieren abgebaut werden.

Demokratisierung

Also ein ganz neuer Ansatz ist unsere Fläche der Vermittlung, wo wir jetzt wirklich das Museum zum Diskurs stellen, einladen, mit uns über das Museum der Zukunft zu diskutieren, wo man sein eigenes Objekt ausstellen kann, wo man seine Geschichte bringt, wo wir aktiv Gruppen aufsuchen, die vielleicht bisher noch nicht kommen. (BII19: 21)

Wie im letzten Abschnitt, aber auch im Zitat deutlich wird, beschreiben die meisten interviewten Expert:innen eine Öffnung für neue Perspektiven und Narrative. Indem diese Eingang in die jeweilige Institution finden, wird eine Demokratisierung von Geschichtskultur gefördert und vorangetrieben. Dabei etablieren die befragten Akteur:innen partizipative Ansätze von unterschiedlicher Reichweite. Fast alle betonen, es sei wichtig, in ihren pädagogischen Formaten in Dialog mit den Besucher:innen zu treten und diesen kein vorgefertigtes Narrativ zu präsentieren. Auffällig ist dabei jedoch, dass die Befragten in ihren Schilderungen häufig einer klassischen Rollenverteilung und damit einer Hierarchie zwischen Expert:in und Besucher:in verhaftet bleiben. Formate, die explizit mit dieser Verteilung brechen, indem bspw. die Besucher:innen die Ausstellung kommentieren und diese Kommentare Teil der Ausstellung werden, bleiben dabei eher die Ausnahme. Vereinzelt werden auch Ansätze der Co-Kreation angeführt, bei der Besucher:innen selbst die Ausstellung gestalten, Objekte auswählen und ihre Deutung präsentieren. Dabei handelt es sich laut BII21 (29) um »die extremste Form« der Partizipation, die jedoch nur selten umgesetzt werde.

Von zentraler Bedeutung hinsichtlich einer Förderung von Partizipation und damit einer Demokratisierung von Geschichtskultur erscheinen digitale Formate, die es ermöglichen, eine neue Vielfalt an Perspektiven bereits auf Quellenebene zu archivieren. Diese können darüber hinaus den Besucher:innen zur Verfügung gestellt werden, die so selbst auswählen können, womit sie sich beschäftigen wollen. Dabei handelt es sich um eine Entwicklung, die von manchen Befragten billigend in Kauf genommen, von anderen gezielt vorangetrieben wird. Vor allem ein:e Befragte:r berichtet von den eigenen Erfahrungen mit E-Culture, die so weit reichen, dass Museumsdaten in einem Hackathon freigegeben und zur Diskussion gestellt werden (BII23). Die Schilderungen der eigenen Demokratisierungsbestrebungen sind dabei von Abwägungen durchzogen, wo eine solche Demokratisierung an Grenzen stößt. So gelte es insb. in Gedenkstätten, bestimmte Regeln einzufordern und notfalls durchzusetzen. Auch alternative Deutungen könnten nur so lange zugelassen werden, wie sie nicht die Menschenwürde verletzen (BII8: 23).

Pädagogisierung

Ich glaube, dass meistens auf der fachwissenschaftlichen Leitungsebene die Bedeutung der Bildungsarbeit unterschätzt wird. Dass so ein bisschen die Idee ist, da gibt es dann die Wissenschaftler:innen, die ihre Wissenschaft erforschen, in Ausstellungen vorstellen und wir seien dann diejenigen, die das in die Bildungsarbeit runterbrechen auf die Jugendlichen. [...] Und ich glaube, in diesem Herunterbrechen, dieser Wahrnehmung, ist schon ein Stück Gewalt drin und eine merkwürdige hierarchische Haltung, die ich nicht für ganz sinnvoll halte. (BII9: 5)

Verbunden mit dem Prozess der Demokratisierung ist ein Ausbau pädagogischer Abteilungen. Dieser lässt sich in allen von uns untersuchten Institutionen verzeichnen, scheint den Darstellungen in den Interviews zufolge jedoch unterschiedlich weit fortgeschritten. Einige Befragte beklagen, dass die Vernetzung zwischen wissenschaftlicher und pädagogischer Abteilung zwar für beide Seiten sehr gewinnbringend, häufig aber strukturell schwierig sei. Wie es in dem oben zitierten Interviewabschnitt anklingt,

wird kritisiert, dass die Aufgabe der Pädagogik als reine Reduktion und Vermittlung fachwissenschaftlicher Inhalte angesehen werde. Andere Interviewte sehen sich (bereits) in der Position, bei der Gestaltung von Ausstellungen mitzuwirken. Insbesondere in Gedenkstätten sei die Pädagogik inzwischen »der wichtigste Bestandteil« (BII17: 9). Denn ohne Pädagogik als Schnittstelle zur Gesellschaft, die die präsentierten Narrative aufbereite und damit deren breite Rezeption ermögliche, sei die Relevanz der eigenen Einrichtung nicht gegeben (ebd.). Um eine möglichst große Bandbreite an Besucher:innen zu erreichen, gelte es, rezipient:innenorientierte Angebote zu machen, sich also danach zu richten, was die Besucher:innen (und nicht die Mitarbeiter:innen) als relevant ansehen. In dieser Zielsetzung spiegelt sich eine Begleiterscheinung der Pädagogisierung, die insb. BII19 thematisiert: Indem mehr öffentliche Gelder für pädagogische Programme zur Verfügung gestellt werden, werden neue Besucher:innen als Zielgruppe angesehen. Ökonomische Maßstäbe flössen so in die Reflexion der eigenen Arbeit ein. Damit begäben sich pädagogische Abteilungen in eine Vermarktungslogik, der zufolge Angebote so ausgerichtet werden müssen, dass möglichst viele Besucher:innengruppen damit erreicht werden. Insbesondere Kinder und Jugendliche »verkommen« (BII19: 39) hier zu einer Zielgruppe, die es zu erreichen gelte. Auf diese Weise gerieten zudem die verschiedenen Institutionen in ein Konkurrenzverhältnis darum, die jeweils eigenen Themenbereiche geschichtskulturell möglichst gut zu platzieren (BII10: 56).

Bedeutung nationalgeschichtlicher Narrative

Und wir haben natürlich, also wir haben hier die Durchschnittsschulklassen, die hierherkommen, und das ist dann natürlich eine bunte Klasse, die Migrationsgesellschaft spiegelt, die ganz unterschiedlichen Biografien aus ganz unterschiedlichen Herkunftsländern usw. mitbringen, und deswegen ist es sozusagen auch in unserem Interesse, das zu berücksichtigen, um diesen Kindern irgendwas anbieten zu können, [...] auch wenn natürlich die Ausgangsbasis diese deutsche Geschichte bleibt, ja. (BII2: 53)

Nationalgeschichtliche Erzählungen erscheinen den meisten der befragten Expert:innen als »überholt« und sollten deshalb hinterfragt werden (BII8: 67). So halten neue Ansätze der Geschichtserzählung Einzug in die Institutionen. Gerade in NS-Gedenkstätten – die, wie ein:e Befragte:r feststellt, aufgrund des Stellenwerts, den die Geschichte des Nationalsozialismus in der deutschen Nationalgeschichte einnimmt, noch immer sehr »mehrheitsdeutsch« (BII14: 45) geprägte Orte darstellten – würden mittlerweile verflechtungsgeschichtliche Ansätze gefördert. Dabei würden bspw. Kolonial- und NS-Geschichte zueinander in Verbindung gesetzt. Auch mit Blick auf die Häftlingsgruppen werde deutlich, dass die Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager keine ausschließlich deutsche Geschichte sei und deshalb eine Erzählung der Geschichte des Nationalsozialismus als Nationalgeschichte deren Komplexität nicht gerecht werde (BII17: 15).

Darüber hinaus finden sich selbst in stark nationalgeschichtlich ausgerichteten Museen Ansätze, Nationalgeschichte zu dekonstruieren. So schildert ein:e Mitarbeiter:in im Interview die Versuche, historische Ereignisse eher auf zugrunde liegende Mechanismen zu untersuchen, die sich über den spezifischen historischen und nationalen Kontext hinaus verallgemeinern ließen (BII2: 55). Wie das oben stehende Zitat dersel-

ben Person zeigt, bleibt jedoch häufig die »Ausgangsbasis« »die deutsche Geschichte«. Hier scheint ein Widerspruch auf: Einerseits werden Gedenkstätten und Museen zu meist ins Leben gerufen, um einen spezifischen nationalgeschichtlichen historischen Kontext zu behandeln, andererseits sehen die Befragten die Notwendigkeit, ebendiese Ausrichtung zu hinterfragen.

Politische Polarisierung

Na ja gut, ein geschichtskultureller Wandel, [...] der mir sehr stark auffällt, ist einfach, dass es auch in der Öffentlichkeit [...] einfach ein hart rechtes Geschichtsverständnis gibt, was artikuliert wird und was Zustimmung erhält, und revisionistische Positionen mit Schlussstrichforderungen, die nicht neu sind, die aber jetzt nochmal präsenter sind, auch sehr viel mediale Aufmerksamkeit erhalten. Also Geschichte, Nationalgeschichte als Ressource, um Ausschlüsse zu legitimieren. Eine völkische Geschichtspolitik vonseiten der AfD und gleichzeitig in Bezug auf Migrationsgesellschaft, also ich würde behaupten, das ist eine Antwort auf stärkere Sichtbarkeit von Menschen, die als Migrant:innen markiert werden. [...] Ich glaube tatsächlich, dass Rechte laut und immer lauter werden, ist eine Reaktion auf gesellschaftliche Veränderung, auf Diversität und auf Sichtbarkeit von Diversität und Heterogenität, so eine Art Backlash. (BII26: 45ff.)

Außer auf Entwicklungen wie eine Pluralisierung von Erzählungen, die von den meisten Befragten begrüßt werden, verweisen diese oft gleichzeitig auf eine politische Polarisierung, die BII26 im oben stehenden Zitat als Reaktion auf eine steigende Präsenz verschiedener, insb. auch migrationsgeschichtlicher Narrative und Perspektiven deutet. Als Reaktion auf eine Verunsicherung in Bezug auf das gesellschaftliche Selbstverständnis und den Verlust eines vorgegebenen »Erinnerungskorridors« (BII21: 67) diagnostizieren viele Befragte bei den Vertreter:innen rechter Positionen wie der AfD den »Wunsch nach einer heilen, nationalen Identität« (BII26: 71). Es bestehe der »national-identitäre Wunsch«, »sich selbst wieder zu finden und deutsche Visionen [...] zu fantasieren« (BII14: 83). Laut vielen Befragten scheint also den Bestrebungen, eine plurale und diverse Gesellschaft auch geschichtskulturell zu gestalten, der Versuch gegenüberzustehen, durch die Berufung auf Nationalgeschichte das Bild einer homogenen Gesellschaft aufrechtzuerhalten und damit Ausschlüsse zu legitimieren.

Gerade Gedenkstätten, so betonen die pädagogischen Mitarbeiter:innen an diesen Institutionen, seien angesichts dieser Entwicklungen herausgefordert, klar Stellung zu beziehen, den eigenen gesellschaftspolitischen Anspruch zu definieren und sich auch in politischen Diskursen zu positionieren. Damit gewinnt an dieser Stelle die politische Dimension des gesellschaftlichen Umgangs mit Geschichte an Bedeutung (Rüsen 2013: 237f.).

Motoren des Wandels: Woher kommt Veränderung?

Wandel, so zeigt sich in den Ausführungen der Befragten, erscheint diesen als zentraler Wesenszug von Geschichtskultur. Doch worin liegen die von ihnen beschriebenen Ver-

änderungen begründet? Wie werden die Prozesse, die sie beobachten, vorangetrieben? Was also stellt sich aus Sicht der Befragten als Motor eines solchen Wandels dar?

Grundsätzlich gibt es in den Interviews unterschiedliche Ansichten dazu, wie sich geschichtskultureller Wandel vollzieht. Teilweise wird dieser im Sinne einer genetischen Sinnbildung (Rüsen 2013: 212f., siehe Abschnitt 1.3.3) als Fortschrittsgeschichte erzählt, in der sich zunehmend ein Bewusstsein für Diversität und Diskriminierung bildet. Wandel erscheint hier als fortschreitender Prozess der Diversifizierung und Sensibilisierung; an dessen Ende steht zumeist das Idealbild einer pluralen und demokratischen Geschichtskultur und Gesellschaft. Ein solcher Fortschritt erscheint in einigen Interviews geradezu als organischer Prozess. So betont bspw. BII21, ein zentraler Motor des Wandels sei der Wechsel der Generationen, da jede Generation neue Perspektiven und Ziele einbringe:

Also das ist auch so eine Entwicklung, die ich beobachtet habe, das hängt mit einer gewissen Generationenfrage [zusammen]. Dass die Kolleginnen und Kollegen, die jetzt ins Museum kommen, um hier zu arbeiten [...], diese Diskussion rund um Vielfalt, Migrationsgesellschaft, um Diversität [mitbringen]. Die ist sozusagen ganz natürlich verankert im Denken und auch in der Ausbildung. Dass man sagt: Okay, das muss man nicht mühsam lernen [...], wie vielleicht noch ältere Kollegen, die das eben erst mitbekommen, weil sie merken, okay, das ist jetzt gerade Thema. Sondern das kommt ganz automatisch mit [...]. Also von daher, das ist meine Hoffnung, dass sozusagen, je mehr jüngere Leute ins Museum kommen, desto organischer oder natürlicher funktioniert das, ohne dass man Förderprogramme braucht oder so. Ja. Die Jugend macht es. (BII21: 93)

An anderen Stellen zeigt sich jedoch auch, dass viele Befragte Veränderungen als Ergebnis jahrelanger, wenn nicht jahrzehntelanger Kämpfe kennzeichnen, deren Errungenschaften immer neu verteidigt werden müssen. So sei bspw. Diversifizierung in den Institutionen ein mühsamer Prozess, der gegen viele Widerstände durchgesetzt werden müsse (BII11). Als Faktoren, die einen Wandel bewirken können, benennen die Interviewten hier gezielte Einstellungspolitiken, politische Entscheidungen über die Bewilligung finanzieller Mittel und nicht zuletzt die Initiativen und Kämpfe einzelner Akteur:innen für eine Anerkennung marginalisierter Geschichte(n) und Erfahrungen.

Auch wenn zahlreiche Interviews von einem Grundvertrauen darauf geprägt sind, dass sich Geschichtskultur und Gesellschaft in eine für sie positive Richtung entwickeln, äußern einige Befragte Skepsis gegenüber allzu optimistischen Prognosen. Wandel erscheint hier weniger als Fortschrittsgeschichte, sondern eher als dynamische Abfolge von Fort- und Rückschritten, die immer »gewissen Konjunkturen« unterworfen sei (BII7: 50).

Solche Positionen finden sich auch in Bezug auf die Geschichte des geschichtskulturellen Umgangs mit dem Nationalsozialismus. Insbesondere Mitarbeiter:innen in Gedenkstätten blicken kritisch auf den sog. Aufarbeitungsstolz, der die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit als gradlinigen und konsequenten Prozess beschreibt, und betonen die vielen Steine, die dieser Entwicklung in den Weg gelegt wurden. So weist bspw. BII7 in Bezug auf die juristische Verfolgung von NS-Täter:innen auf die Tatsache hin, »dass jetzt diese letzten Prozesse stattfinden, weil die

eben jahrzehntelang nicht stattfanden«, und schlussfolgert, »dann ist das doch vielleicht nicht alles [die Aufarbeitung, Anm. d. V.] so gut gewesen« (BII7: 16). Darüber hinaus negiere eine Fortschrittserzählung die Tatsache, dass es sich bei der Etablierung einer geschichtskulturellen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus um einen jahrzehntelangen Kampf seitens zivilgesellschaftlicher Akteur:innen und Überlebender handele (BII7: 31). Deren Errungenschaften gelte es immer noch zu verteidigen, wie insb. die gegenwärtige Delegitimierung geschichtskultureller Errungenschaften seitens rechter Akteur:innen beweise: »Jetzt nochmal diese Polarisierung auch mit der aufkommenden AfD, wo ja bestimmte geschichtskulturelle Errungenschaften und auch ein Konsens, ein vermeintlicher, vielleicht ein bisschen aufgebrochen wird von Akteuren, die auch in Parlamenten sind« (BII7: 12).

Die eigene Rolle – Positionierung zum Wandel

Die skizzierten Perspektiven auf gesellschaftliche und geschichtskulturelle Entwicklungen bestimmen maßgeblich, wie die Akteur:innen ihre eigene Rolle in diesen Prozessen konzipieren. Auch hier zeigen sich im Material große Unterschiede. Je nachdem, welche Veränderungen die Befragten wahrnehmen und worin sie diese Veränderungen begründet sehen, beziehen sie Position zu diesen Prozessen und schätzen ihre Möglichkeiten, aktiv daran teilzuhaben und sie mitzugestalten, unterschiedlich ein. So lassen sich bspw. unter den interviewten Mitarbeiter:innen von Gedenkstätten Bestrebungen feststellen, eine Pluralität der Erzählungen zu fördern, indem sie eine große Bandbreite an Quellenmaterial nutzen, um den Besucher:innen vielfältige Bezugnahmen zu ermöglichen. Durch die steigende gesellschaftliche Sensibilität für Diversität und Diskriminierung sei es einfacher, so eine Befragte:r, diese Bestrebungen zu legitimieren, da diese inzwischen selbst von politischer Seite gefördert würden (BII9: 39). Gleichzeitig werden andere Aspekte geschichtskulturellen Wandels in der Migrationsgesellschaft durchaus kritisch betrachtet. So werden Entwicklungen wie eine politische Polarisierung gerade durch Gedenkstättenmitarbeiter:innen als Gefahr wahrgenommen, da der Stellenwert der Institution herausgefordert werde (BII8: 13).

In Museen zeigen sich deutliche Unterschiede im Hinblick auf die Wahrnehmung der eigenen Rolle im Wandlungsprozess. Während einige Befragte geschichtskulturellen Wandel in der Migrationsgesellschaft zum Anlass nehmen, diesen Wandel auch in den Institutionen gezielt voranzutreiben und die eigene Institution radikal selbst zu hinterfragen, beschreibt eine Mehrheit der interviewten Mitarbeiter:innen, insb. solche aus größeren Institutionen, ihr Wirken im Wandel eher als abwartend und reagierend.

Insgesamt lassen sich im Material drei verschiedene Positionierungen zum geschichtskulturellen Wandel in der Migrationsgesellschaft herausarbeiten. Sie stellen angesichts der aufgezeigten Komplexität der Prozesse, die als Wandel wahrgenommen werden, lediglich idealtypische Modellierungen dar.

Kap. 3.2, Tab. 1: Positionierungen zum geschichtskulturellen Wandel in der Migrationsgesellschaft, eigene Darstellung

Position	Beispielhaftes Zitat
Wandel gezielt fördern und gestalten	»Aber Diversität, da gehört das ja auch rein. Was Barrierefreiheit anbelangt, da bewegt sich auch einiges. Also da habe ich das Gefühl, dass da Projekte stattfinden, in denen Menschen auch Gehör finden. Aber ich glaube, das ist ein Prozess und wir sind erst ganz am Anfang. Also ich glaube, bis wir wirklich sagen können, dass bestimmte Stimmen hier gehört werden, müssen wir noch ganz viel an uns selbst arbeiten und auch noch aktiver einladen« (BII11: 19).
abwarten und beobachten, reagieren statt agieren	»Also wir sind nicht die Tagesthemen, die reagieren, wenn morgen was passiert, und dann machen wir übermorgen dazu eine Ausstellung. [...] Also ich kann nicht die Gegenwart musealisieren oder historisieren, ich muss ja auch erst mal gucken, was bleibt, was ist wichtig an Themen, die uns heute bewegen, sind die in zehn Jahren auch noch relevant. Das beeinflusst unsere Ausstellungs- und auch unsere Sammlungspolitik natürlich ganz extrem, aber im Moment habe ich das Gefühl, stehen wir an einer wirklich großen Welle, der wir uns irgendwie stellen müssen: Wie gehen wir damit um? Mit der Globalisierung, mit der Flüchtlingspolitik und so weiter« (BII4: 67).
Wandel verhindern, Errungenschaften bewahren	»Tatsächlich glaube ich, wo wieder in Frage gestellt wird, also auch von Bundestagsabgeordneten bestimmter Parteien, wie der Umgang mit der NS-Vergangenheit sein muss, [ist,] glaube ich, umso wichtiger, dass es diese Institutionen gibt, die das verteidigen und immer wieder auf die Tagesordnung rufen, wie relevant das einfach ist, den Nationalsozialismus auch im kollektiven Gedächtnis wachzuhalten und da die politischen Schlüsse draus zu ziehen« (BII27: 13).

Die Positionierung zum Wandel, das verdeutlicht auch die hier vorgenommene idealtypische Konstruktion von drei Positionen, erlaubt keine oder nur sehr beschränkt Aufschlüsse über politische Grundhaltungen: So ist der Wunsch, Wandel zu fördern, nicht zwangsläufig mit einer aus normativer Sicht progressiven Grundhaltung verbunden. Ebenso muss das Ziel, Errungenschaften zu bewahren, also eine im Kern konservative Idee, nicht mit einer politischen Verortung im konservativen Lager einhergehen.

Fazit

Aushandlungsprozesse, die das gesellschaftliche Selbstverständnis und eine Kritik bestehender Machtverhältnisse betreffen, spiegeln sich, so zeigt es die skizzierte Auswertung des Interviewmaterials, auch im Blick der Akteur:innen auf geschichtskulturelle Entwicklungen. Dabei ist auffällig, dass Geschichtskultur zunächst äußerst dynamisch erscheint. Es ist zu betonen, dass trotz der Fokussierung auf Wandel die Akteur:innen auch zahlreiche Widerstände und eine Starrheit geschichtskultureller Strukturen schildern. Diese wird von den interviewten Expert:innen teilweise durchaus positiv bewertet, wenn etwa beschrieben wird, dass sich in Bezug auf den Umgang mit der Geschichte

des Nationalsozialismus ein Konsens herausgebildet habe. Stabilität als Eigenschaft geschichtskultureller Strukturen garantiert eine gewisse Sicherheit, dass bestehende Verhältnisse nicht von heute auf morgen ins Wanken geraten können. Zugleich erscheint Wandel, gerade in Bezug auf eine neue Sichtbarkeit der Pluralität von Erzählungen, als produktive Beunruhigung, die das Potenzial einer Innovation und Transformation der eigenen Institution beinhaltet, deren Strukturen sich jedoch entgegen diesen Bestrebungen als äußerst starr erweisen. Einige Befragte haben sich ganz dieser Entwicklung – und damit der gezielten Förderung und Gestaltung des Wandels – verschrieben und versuchen, sie in den Institutionen zu verankern und voranzutreiben. Andere nehmen eine eher skeptische Distanz zu diesen Prozessen ein. So gesteht bspw. BII4 (105), dass gegenwärtige Entwicklungen auch »Angst machen« könnten.

3.2.2 Perspektiven auf Migrationsgesellschaft

Im Interview wurden die Mitarbeiter:innen in Gedenkstätten und Museen dazu befragt, wie sie ihre Rolle als Akteur:innen im geschichtskulturellen Wandel in der deutschen Migrationsgesellschaft wahrnehmen. Der Interviewleitfaden greift damit auf das theoretische Konzept der Migrationsgesellschaft (siehe Kapitel 1) zurück und leitet daraus die Annahme ab, dass sich Geschichtskultur in diversen Gesellschaften in einem stetigen Wandel befindet und die Akteur:innen sich mit ihrer Arbeit in diesen sich verändernden Strukturen bewegen und positionieren. Doch wie konzipieren die Befragten selbst die Gesellschaft, in der sie leben und wirken? Und wie wirken Geschichte und Gesellschaft in ihren Augen zusammen?

Das Stichwort Migrationsgesellschaft erweist sich dabei als wertvoller Analyse-schlüssel, um offenzulegen, wie die Interviewten Gesellschaft konzipieren. Dabei werden auch Ein- und Ausschlüsse sichtbar, die in diesen Konzeptionen von Gesellschaft vorgenommen werden.

Umgang mit dem Begriff

Der Begriff der Migrationsgesellschaft wird von der Interviewerin zu Beginn kontextualisiert, indem das Forschungsinteresse beschrieben wird. Viele der Interviewten greifen im Anschluss selbst darauf zurück, um die Rahmenbedingungen ihres Wirkens zu beschreiben. Dabei unterscheidet sich die Selbstverständlichkeit, mit der die Akteur:innen mit diesem Begriff operieren, deutlich. Für einige scheint er ein oft verwendetes Werkzeug zu sein, dessen theoretische Grundlagen bekannt sind. Häufig wird dann auch auf weitere Begriffe des Theoriehorizonts wie bspw. »natio-ethno-kulturell« (Mecheril 2010: 14, siehe Abschnitt 1.3.1) zurückgegriffen und auf Autor:innen verwiesen, die sich mit Migrationsgesellschaft und Erinnerungskultur beschäftigen. Begriffe wie »mehrheitsdeutsch« oder »Migrationshintergrund« werden dabei teils explizit dekonstruiert, teils mit Gesten oder verbal mit Anführungszeichen versehen. Teilweise entscheiden sich die Interviewten auch dazu, statt von Migrationsgesellschaft von einer »postmigrantischen Gesellschaft« (BII14: 49) oder einer »Gesellschaft der Vielen« (BII27: 25) zu sprechen.

In anderen Interviews mit Personen, die nicht selbst von migrantisierenden Zuschreibungen betroffen sind, lässt sich eine gewisse Unsicherheit im Umgang mit Begrifflichkeiten verzeichnen. Die gesamtgesellschaftliche Perspektive, welche die analytische Kategorie Migrationsgesellschaft eröffnet, wird häufig auf die Berücksichtigung migrantisierter Menschen und ihrer Geschichten reduziert. So fragt bspw. BII7 gegen Ende des Interviews: »Und ich meine, es geht ja auch um Migration, ich weiß nicht, kommen da jetzt noch Fragen eigentlich zu dieser Migrationsgeschichte?« (BII7: 38). Migrantisierte Menschen werden dabei von vielen Interviewten mit verschiedenen Zuschreibungen versehen, wobei Begriffe bzw. Wendungen wie »Ausländer«, »Migrant:innen« und »Menschen mit Migrationshintergrund« verwendet werden. Differenz wird hierbei nicht nur über Migrationserfahrung hergestellt, sondern auch über Kategorien wie »Kultur« und »Ethnie«, wobei sich die von Paul Mecheril beschriebene Verquickung verschiedener Differenzkategorien zu natio-ethno-kulturellen Zuschreibungen beobachten lässt. Begriffe werden dabei nicht konsequent verwendet, sondern häufig korrigiert und durch andere ersetzt. Diese eigene Unsicherheit hinsichtlich der angemessenen Begriffe wird in den Interviews z.T. auch offengelegt: »Ich bin mir unsicher mit den Begriffen, also welche jetzt den Stand der Forschung abbilden, ich sage jetzt mit Absicht sowohl Minderheiten, was Ethnie angeht, aber auch Subkulturen [...], also alle, die nicht dieses klassische Bildungsbürgertum [sind]« (BII21: 59). Gerade dieses Zitat zeigt, dass BII21 zwar bestrebt ist, einen möglichst großen Personenkreis in seiner Diversität anzusprechen, aber auch, dass hier natio-ethno-kulturelle Zuschreibungen genutzt werden, um »Migrationsandere« (Mecheril 2010: 17) zu konstruieren, die einen Gegenentwurf zu den klassischen bildungsbürgerlichen Besucher:innen von Museen und Gedenkstätten darstellen und somit für die befragte Person die Gesamtheit der Zielgruppen zu verkörpern scheinen, die die Institution bisher noch nicht erreicht.

In diesem Kontext wird in den Interviews auch der Begriff der »Mehrheitsgesellschaft« verwendet, durch den das Bild einer homogenen Nation, zu der durch Migration etwas »Anderes« hinzukommt, reproduziert wird. Das ist mitunter auch dann der Fall, wenn es den Befragten explizit darum geht, ebendiese Vorstellung zu dekonstruieren. So wird häufig auch von einem unspezifischen gesellschaftlichen »Wir« gesprochen, dem Menschen mit Migrationsgeschichte oder einem zugeschriebenen Migrationshintergrund nicht zugerechnet werden, wobei zugleich Akzeptanz angemahnt wird:

Ja, ab wann zählt denn der Hintergrund? Ist es, wenn ein Elternteil woanders, also das finde ich in unserer Gesellschaft völlig idiotisch, weil [wenn man] die wahre Zusammensetzung sich anguckt, da haben wir diese Diskussion eigentlich schon in der Realität längst überschritten. Die Frage ist nicht, wie gehen wir damit um, sondern wie akzeptieren wir das einfach, ne? (BII19: 75)

Die unterschiedlichen Umgangsweisen mit Begriffen und die bestehenden Unsicherheiten, die z.T. auch die Ziele des Interviews und das Forschungsinteresse des Projektes betreffen, scheinen durch verschiedene Faktoren begründet. Dabei spielen u.a. die Selbstverortung in einer marginalisierten Gruppe und eigene Diskriminierungserfahrungen ebenso eine Rolle wie die absolvierte Ausbildung und der berufliche Werdegang. Auch Alter wird von einigen Interviewten als relevanter Einflussfaktor genannt: Da eine Sensibilisierung für Diversität und damit auch eine diversitätssensible Sprache erst

langsam Eingang in die Ausbildung erhalte, sei die Selbstverständlichkeit im Umgang mit entsprechenden Begriffen bei jungen Menschen deutlich größer (BII21: 93).

Diversität im Allgemeinen und Migration im Besonderen

Grundsätzlich scheint der Begriff der Migrationsgesellschaft in den Schilderungen der Interviewten eine gegenwärtige gesellschaftliche Realität zu beschreiben, die durch Diversität geprägt ist. Denn Gesellschaft, so formuliert es bspw. BII22 (17), sei ja gerade »das Zusammenkommen [...] von Unterschieden«. Um diese Diversität zu beschreiben, greifen die Interviewten auf unterschiedliche Differenzkriterien zurück, die sich nicht allein auf natio-ethno-kulturelle Zuschreibungen beschränken: Auch Alter, Gender, sozioökonomischer Hintergrund wie Bildungshintergrund, regionale Unterschiede, Religion und *race* werden genannt. Dennoch liegt in den Interviews – naheliegenderweise durch den Begriff der Migrationsgesellschaft – ein deutlicher Fokus auf den Differenzkriterien Nationalität, Flucht- und Migrationserfahrung sowie »Migrationshintergrund«. Die Diversität der sie umgebenden Gesellschaft wird für die Befragten v.a. im Hinblick auf die Zielgruppe(n) ihrer Tätigkeit relevant und in Bezug auf die Frage, inwiefern diverse Positionen in der eigenen Institution repräsentiert werden.

So beklagt bspw. BII4 (45), das entsprechende Museum habe »wahnsinnige Defizite, was gerade Migranten angeht«. Hier wird wiederum die Vermengung von natio-ethno-kulturellen Zuschreibungen sichtbar, mit der das Bild einer homogenen Gruppe der Migrationsanderen kreierte wird. Ebendiese Vermengung und Homogenisierung wird zugleich von einigen Befragten als Othering kritisiert (so z.B. durch BII26). Mitunter wird auch die intersektionale Überschneidung, die im Begriff »Migrationshintergrund« unsichtbar gemacht wird, offengelegt. So führt ein:e Interviewte:r aus, dass es bei dieser Zuschreibung eigentlich um andere Differenzkriterien gehe, nicht um eigene Migrationserfahrung, über die auch seine:ihre eigene Familie verfüge, die aus einem deutschsprachigen Nachbarland eingewandert ist:

Es geht nicht darum, ob du Migrationshintergrund hast. Meine Kinder haben nach dieser Definition Migrationshintergrund. Es geht um ganz andere [...] Komponenten. [...] In der Statistik gelte ich als Ausländer:in, aber wenn wir von den Zugewanderten reden oder von den Personen mit Migrationshintergrund, denken wenige an mich. Sondern jeder denkt an bildungsferne Schichten oder an ja, das vor allem. [...] Ich halte da überhaupt nichts davon, diese Einteilung, das sind die Deutschen und das sind die Zugewanderten und das sind die mit Migrationshintergrund, zwar auch Deutsche. Es geht um andere Voraussetzungen. (BII3: 81)

Zuschreibungen anhand von Differenzkriterien werden in den Interviews also einerseits reproduziert, gerade um die Defizite der eigenen Arbeit offenzulegen, z.T. aber auch kritisiert und dekonstruiert. In vielen Interviews wird beklagt, dass die Zuschreibungen, die die gesellschaftlichen Diskurse um Migration bestimmen, der gesellschaftlichen Diversität nicht gerecht werden:

Also das ist so ein Weltbild, das davon ausgeht, dass es eine einzige Erzählung gibt und dass das die einzige wahre Geschichte ist und auch so eine sehr homogene

Gruppe von Deutschen wird hier gedacht. [...] Wir sind doch nicht eine Gemeinschaft, sondern wir sind viele Gemeinschaften und da sind dann noch Untergemeinschaften, also das ist so. Und jede Person hat verschiedene Identitäten und gehört verschiedenen Gemeinschaften an, also ich bin irgendwie alleinziehende Mutter und dann bin ich auch noch Museumstante und dann bin ich noch keine Ahnung – in einer Selbstorganisation, das ist ja nicht so, [...] dass ich da von einer Gemeinschaft sprechen kann. (BII11: 57)

Beschreiben die Befragten ihre Arbeit im Kontext gesellschaftlicher Diversität, schwanken viele zwischen einerseits der von ihnen wahrgenommenen – und häufig auch gesellschaftlich betonten – Notwendigkeit, Zuschreibungen vorzunehmen und bspw. spezifische Programme für migrantisierte Menschen zu schaffen, und andererseits dem Anspruch, sich in der eigenen Arbeit nicht von Zuschreibungen leiten zu lassen. Ein Beispiel hierfür, das v.a. im Gedenkstättenbereich immer wieder auftaucht, ist die Gefahr, Schüler:innen ein besonderes Interesse an einer bestimmten Opfergruppe zu unterstellen, da sie der gleichen marginalisierten Gruppe angehören (so beschrieben in Interview BII7). Ein anderes Beispiel benennt BII8 (33), wenn er:sie kritisiert, dass Geflüchteten pauschal antisemitische Einstellungen unterstellt würden, wobei der Gedenkstättenbesuch als notwendige Gegenmaßnahme gesehen werde. Auch BII15 betont, in der eigenen Bildungsarbeit sei es eine Herausforderung, für die Unterschiedlichkeit von Erfahrungen und Perspektiven sensibel zu sein und zugleich Zuschreibungen zu unterlassen:

Es gibt ja [...] so Vorstellungen, die vor allem in medialen Diskursen immer wieder verbreitet werden, ne? Man macht dann irgendwie Bildungsmaterialien zu nicht-weißen Menschen, damit auch nicht-weiße Menschen sich angesprochen fühlen. Und das mag sein, dass dem so ist, das muss aber überhaupt nicht sein, glaube ich, und ich glaube, letztendlich sitzt da ein problematischer Kern in dieser Annahme. [...] Also warum sollen diese Geschichten nicht alle möglichen Leute ansprechen? (BII15: 41)

Ein Phänomen der Gegenwart mit langer Geschichte

Die Befragten stimmen darin überein, dass Diversität ein grundlegendes Merkmal von Gesellschaft sei, weshalb in ihren Augen die Idee einer homogenen Nation nicht angemessen ist. Viele betrachten es als grundlegend, in ihrer Arbeit die Pluralität der Gesellschaft zu berücksichtigen. Verbreitet ist auch die Kritik an Narrativen, die Nationalgeschichte als objektive Vergangenheit darstellen, wobei eine Vielzahl an Perspektiven ausgeschlossen werde (so bspw. BII26: 45). Auch sei Migration als dynamisierendes Element von Gesellschaft kein neues Phänomen. Vielmehr sei insb. die deutsche Gesellschaft schon immer davon geprägt gewesen:

Ich finde es halt gut, [...] wenn das Land auch als Einwanderungsland oder so wahrgenommen wird, weil ich meine letztendlich, das ist ja auch so absurd, also dieses in Anführungszeichen Homogene, was man so kurze Zeit hatte nach dem Zweiten Weltkrieg, also dass man so ein deutsches in Anführungszeichen Land hatte, das ist ja ei-

gentlich auch ein historischer Sonderfall, also das, was hier von weiß ich nicht, Höcke oder sonst wem also Normalbild dargestellt wird, das ist es ja auch nicht. (BII13: 68)

Die Vorstellung einer homogenen Gesellschaft würde durch nationalgeschichtliche Erzählungen von großer Wirkmacht gestützt, tatsächlich jedoch seien Gesellschaften immer vielfältig. Somit sei es notwendig, Migration »nicht immer nur als Sonderfall oder als exotisches Etwas« darzustellen, »sondern dass sowas einfach Teil wird, weil, es gehört dazu. [...] Also, dass das einfach mitgedacht wird« (BII13: 60). Ihre Aufgabe als geschichtskulturelle Akteur:innen sehen einige Befragte darin, durch Geschichte(n) zu verdeutlichen, dass Gesellschaft »schon viel länger heterogen ist, als viele Leute das annehmen« (BII15: 43). Auf diese Weise schaffen die Befragten eine traditionale Sinnbildung, die den Ausgangspunkt für einen Selbstentwurf als diverse Gesellschaft darstellt und die sie bestehenden traditionellen Sinnbildungen, die eine homogene Nation beschwören, entgegenstellen (Rüsen 2013: 191ff., siehe Abschnitt 1.3.3).

Ein weiterer Blick ins Material zeigt jedoch, dass Narrationen, denen zufolge Migration schon immer Bestandteil deutscher Geschichte war und die die Vielfalt als Normalfall darstellen, sich mit Erzählungen abwechseln, die Migration als relativ neues Phänomen und als Herausforderung der Gegenwart abbilden:

Und was mich sehr beeindruckt hat, ist, dass ich irgendwann in den letzten Jahren gelesen habe, dass 25 Prozent der deutschen Gesellschaft von dieser Migrationserfahrung in der eigenen Familiengeschichte geprägt sind. Das heißt, so Leute wie der widerliche Björn Höcke und seine AfD, die sind objektiv zum Scheitern verurteilt, weil die deutsche Gesellschaft eben eine andere Gesellschaft ist, als sie das in den 20er oder in den 50er oder in den 70er Jahren noch war. Und das ist ja immerhin was Positives. (BII22: 53)

Während BII22 in der deutschen Gesellschaft eine Entwicklung hin zur Migrationsgesellschaft in den letzten fünfzig bis siebzig Jahren feststellt, sehen viele Befragte weit kürzer zurückliegende Ereignisse als Zäsur, die den Übergang zur Migrationsgesellschaft markieren. So wird in vielen Interviews das Jahr 2015 und der sog. Sommer der Migration als Ereignis beschrieben, mit dem neue gesellschaftliche Realitäten geschaffen wurden. Ein Teil der Befragten nimmt diese Entwicklung als Chance wahr: So benennt BII26 (5) auf pragmatischer Ebene den Vorteil, nun deutlich mehr Fördermittel für diversitätssensible Bildungsarbeit zur Verfügung zu haben. Andere Befragte verstehen Migration als Herausforderung, wie sich bspw. im Interview mit BII4 zeigt, der:die von einer »wirklich großen Welle« spricht, der das Museum sich stellen müsse (BII4: 67). In Formulierungen wie dieser zeigt sich, dass die Vorstellung einer homogenen Gesellschaft, die durch Migration herausgefordert wird, auch in den Köpfen der Interviewten fortwirkt.

Ob Herausforderung oder Chance, in allen Interviews wird auf einen gestiegenen Bedarf verwiesen, die eigene Institution zu hinterfragen, Barrieren abzubauen, Partizipation zu ermöglichen und vielfältige Anknüpfungspunkte in den Geschichten zu schaffen, die in der eigenen Einrichtung erzählt werden. Zudem wird gegenwärtig eine verstärkte Aufmerksamkeit für diversitätssensible Bildung festgestellt; Positionen, die bereits seit Langem vertreten werden, fänden nun auf einmal Gehör (BII26: 47). Schlüs-

sel bei der Umsetzung der angestrebten Öffnung der Institutionen sind den Befragten zufolge einerseits die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Machtstrukturen und Diskriminierungsmechanismen, andererseits ein multiperspektivischer Blick auf Geschichte.

Inwiefern Migrationsgesellschaft als Ausgangspunkt für die eigene Ausstellungs- und Bildungspraxis berücksichtigt wird, scheint in der Verantwortlichkeit einzelner Akteur:innen zu liegen, die dieses Thema in die Institution einbringen, und ist damit auch stark abhängig von der Personalpolitik der Institution. Dabei schildern die Akteur:innen, dass ihnen die sich hartnäckig haltende monoperspektivische Vorstellung einer linear verlaufenden Nationalgeschichte bei der Realisierung ihrer Ziele im Wege stehe. Dies zeigt sich insb. in NS-Gedenkstätten: Die Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft, so beschreiben es die Interviewten, scheint stark an die Anerkennung der Geschichte des Nationalsozialismus als eigene Geschichte und die Übernahme von Verantwortung für ebendiese Geschichte gebunden zu sein: Gedenkstätten, so formuliert es BII14 (49) »hinken hinterher«, »weil es deutsche Geschichtsorte sind. Und dieses Verständnis aufzugeben, fällt denen extrem schwer.«

Migrationsgesellschaft als gesellschaftliche Realität, politisches Programm und Utopie

Für alle Interviewten beschreibt der Begriff Migrationsgesellschaft als Erstes eine gesellschaftliche Realität, auch wenn diese von der politischen Rechten in Deutschland oft geleugnet werde (BII22: 53). Dabei finden sich jedoch in den Äußerungen einiger Interviewter Formulierungen, die dieser Grundannahme widersprechen und die davon zeugen, dass die Vorstellungen, die sie kritisieren, im eigenen Denken fortwirken. So ist bspw. von einer Mehrheitsgesellschaft die Rede, in die durch Migration etwas Neues und/oder ›Anderes‹ hinzukommt:

Also ich denke, dass beispielsweise ganz viel sich dahingehend geändert hat, dass die Bevölkerung auch bunter geworden ist, ich meine hautfarbenmäßig. Also das heißt, dunkelhäutige Menschen sind heute überhaupt nichts Besonderes mehr, auch Ostasiaten nicht mehr, also das ist von mir so empfunden [...]. Also das sind auch wir. Also ich glaube, die Mehrheitsgesellschaft, wenn es die denn so gibt, ist einfach da ganz anders aufgeschlossener als früher. Also das ist nicht mehr irgendwie: »Huh, ein Fremder [...]«. Also wir können es auch nicht mehr machen, weil wir jemand anders geworden sind. (BII20: 61)

Hier wiederholt der:die Interviewte Vorstellungen von ›Wir‹ und den ›Anderen‹ und konstatiert doch im selben Atemzug, ebendieses ›Wir‹ sei anders geworden. Eine scheinbare Normalität der Migrationsgesellschaft steht hier der Reproduktion von Zuschreibungen entgegen. Auf ähnliche Weise wird mit Blick auf Geschichte deren Reduktion auf die monoperspektivisch und linear erzählte Nationalgeschichte und damit ein positivistisches Geschichtsverständnis kritisiert, zugleich aber reproduziert. Auch Akteur:innen, die bspw. die Aufnahme migrantischer Geschichte(n) in die Nationalgeschichte fordern, verwenden oft binäre und nationale Kategorien. Dabei zeigt sich ein direkter Zusammenhang zwischen Vorstellungen von Geschichte und Konzeptionen

von Gesellschaft: Ebenso wie die Dominanz nationalstaatlich ausgerichteter Narrative in den Schilderungen der Interviewten fortwirkt, lässt sich auch die damit verbundene Vorstellung eines homogenen nationalen ›Wir‹ feststellen, das auf Exklusion beruht.

Und so zeugen die Ausführungen der Interviewten als Zweites davon, dass der Begriff Migrationsgesellschaft eben nicht nur auf die Diversität von Gesellschaft verweist, sondern auch die Machtstrukturen offenlegt, die diese prägen und die sich in den Diskursen um Migrationsgesellschaft und damit auch im Sprechen der Interviewten niederschlagen. Migrationsgesellschaft beschreibt in den Interviews nicht nur einen Ist-Zustand. Viele Befragte verwenden das dahinterstehende Konzept als analytische Annäherung an Gesellschaft, die offenlegt, wie ungleich Repräsentationsmöglichkeiten, Identitätsangebote und Partizipationsmöglichkeiten verteilt sind. Ebenso wird deutlich, dass auch geschichtskulturelle Aushandlungsprozesse nicht in einem luftleeren Raum, sondern im Kontext gesellschaftlicher Machtstrukturen stattfinden. Viele Interviewte verwenden den Begriff Migrationsgesellschaft als Analysefolie, um Ungerechtigkeiten zu identifizieren und zu kritisieren, wie unterschiedlich sich die Zugangsvoraussetzungen, über die geschichtskulturelle Akteur:innen verfügen, gestalten. So beschreibt BII11 (13), dass bestimmte Gruppen »einfach ganz klar nicht den Raum kriegen, um sich zu präsentieren, und nicht besprochen werden«. Insbesondere migrantische Perspektiven erhielten keine Plattform und seien in der Museums- und Gedenkstättenlandschaft kaum »verortet« (ebd.). Trotz erschwelter Rahmenbedingungen würden neue Akteur:innen aber präsenter und forderten Mitbestimmung ein, berichtet BII26. Dabei wird allerdings der eigenen Institution ein Verzug attestiert, was bedauerlich sei, da Diversifizierung einen Gewinn darstelle. Zusammenfassend beschreibt BII26 Geschichte als eine Ressource, die ungleich verteilt ist und für deren Umverteilung er:sie sich einsetzt: »Ich würde mir generell wünschen, dass Geschichte als gesellschaftliche Ressource gesehen wird und Menschen zugänglich gemacht wird, genauso wie andere Ressourcen. Und in einer Migrationsgesellschaft, in der Menschen als Migrant:innen markiert werden, strukturell, institutionell benachteiligt sind, würde ich mir wünschen, dass es mehr Möglichkeiten gibt, die Gesellschaft einfach mitzugestalten« (BII26: 79).

Im Interviewmaterial zeigt sich darüber hinaus noch ein dritter Rückgriff auf das Konzept der Migrationsgesellschaft. Hier wird Migrationsgesellschaft zum normativen Begriff, mit dessen Hilfe eine gesellschaftliche Utopie entworfen wird. Die Befragten skizzieren ein Idealbild gesellschaftlichen Zusammenlebens, an dem sie ihr eigenes Handeln ausrichten. Geschichtskultur ist in einem solchen Gesellschaftsentwurf plural und multiperspektivisch. »Geschichte als Ressource« (BII26) wäre allgemein zugänglich, was bedeutet, dass individuelle Bezugnahmen ermöglicht werden und vielfältige Erzählungen nebeneinander bestehen können. So betont auch BII11:

Und da sind wir darauf gekommen, dass wir das wichtig finden, dass ein Nebeneinander-Stehen möglich ist. So von verschiedenen Perspektiven. [...] Also wenn man den Mauerfall nimmt, sind es natürlich zwei völlig unterschiedliche Wahrnehmungen. Wenn man aus westdeutscher Perspektive guckt und sich freut, dass man endlich eine Einheit ist. Wenn man vielleicht aus ostdeutscher Perspektive aus der Opposition schaut und dann sagt: Okay, da ist ein Verlust von einem Land [...]. Oder auch [...] aus

migrantischer Perspektive, da war einfach der Staat von ganz viel Nationalismus, Rassismus und versteckter Asylgesetzgebung, also verschlimmter Asylgesetzgebung [geprägt]. Und dann sind das halt Geschichten, die alle einen Wahrheitsgehalt für sich haben, ne? Und nebeneinanderstehen müssen. Das ist uns bewusst, dass das so sein muss. (BII11: 25)

Für BII26 sind zentrale Schritte in Richtung einer Utopie, dass gesellschaftliche Pluralität als Tatsache anerkannt wird, dass ein Bewusstsein für unterschiedliche Positionen und Perspektiven entsteht und marginalisierte Narrationen damit neue Aufmerksamkeit erfahren. In eine ähnliche Richtung geht die Beobachtung von BII17, der:die hervorhebt, dass gegenwärtig eine Geschichtspolitik herrsche, die keine »Ausreißer« dulde, obwohl »diese Varianz an verschiedenen Blickwinkeln auf ein und dieselbe Sache« doch nur hilfreich sein könne: »Wenn ich mir das von außen angucke und ich habe, sagen wir mal, 250 Erzählungen über weiß ich was, ein Event hier oder so, wenn wir hierherkommen, auf diese Geschichte kommen und so. Und dann kann ich mir doch ein Bild vielleicht, ein eigenes machen, das 251. Auch wenn mir vielleicht einige von diesen Aussagen nicht passen oder wenn sie mir gegen den Strich gehen« (BII17: 53).

Der letzte Satz verweist auf ein Dilemma, das viele Befragte benennen und aus dem sie unterschiedliche Schlüsse ziehen: Wenn alle Perspektiven gleichberechtigt bestehen können, kommt es auch zu Aussagen, die man ablehnt. Dabei beziehen sich die meisten Interviewten jedoch nicht auf marginalisierte Perspektiven, sondern v.a. auf politisch rechte Positionen, die in den letzten Jahren ebenfalls erstarkt seien. BII17 (53) schildert, in dieser Frage »streiten mein Kopf und mein Bauch«, da er:sie eigentlich nicht wolle, dass »Nazis sagen dürfen, was sie sagen«. Dieser Zwiespalt findet sich in zahlreichen Interviews. Ganz die Kontrolle darüber abgeben, welche Narrative sich ihren Weg bahnen, wollen die Akteur:innen nicht. Die Utopie einer Migrationsgesellschaft, die sie entwerfen, bedeutet also kein allgemeines Laissez-faire, sondern kennzeichnet einen Ort, an dem Shared, Divided und Conflicting Memories (Lücke 2016, siehe Kapitel 1.2) auf besonders spannungsreiche Weise verhandelt werden. Gewisse Rahmenbedingungen müssen den Befragten zufolge gewahrt werden, um ebendiese Vielfalt der Gesellschaft vor Versuchen, durch Geschichtserzählungen eine homogene nationale Einheit herzustellen, zu schützen:

Ist natürlich immer so eine Sache, ne? Also jetzt könnte man sagen, wenn man auf multiperspektivische Weise Geschichte erzählen will, bietet das nicht auch ein Einfallstor für rechte Perspektiven, die darin auch Anknüpfungspunkte finden wollen, aber so funktioniert es ja nicht. Also weil sozusagen grundsätzlich jemand wie Björn Höcke möchte ja keine multiperspektivische Geschichtserzählung. Der will nur die eine. Und insofern ist da dann auch die Gegenerzählung, die auf Vielfalt baut, die ist eine Gegenerzählung zu dem, was er anstrebt. Und das starkzumachen, also wenn man das gegen diese Versuche, Geschichte umzuschreiben und [...] zu einer positiv aufgeladenen, national gefluchteten Geschichte irgendwie zurückzukehren, wenn wir [...] dem erfolgreich was entgegensetzen können, dann wäre ich sehr erleichtert. (BII15: 77)

Hierbei wird der eigenen Institution eine zentrale Rolle zugesprochen (BII14: 45). Einerseits müsse man hier akzeptieren, dass »dieser hegemoniale kulturelle Anspruch

wegfällt« (BII22: 51), andererseits gelte es Bindungskräfte zu gewährleisten, um Differenzen und Pluralität »auszuhalten« (ebd.). Als entscheidend dafür wird in zahlreichen Interviews die Bereitschaft genannt, sich in andere Perspektiven hineinzusetzen, ein empathischer Umgang miteinander und eine Anerkennung der Unterschiedlichkeit von Erfahrungen:

Und gerade vielleicht [...] auch für Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, vielleicht auch noch gar nicht so lange hier leben, eine völlig andere kulturelle Prägung und Sozialisation als Hintergrund haben. Da müsste drüber nachgedacht werden, wie kann man Geschichte, deutsche Geschichte auch so auf eine Art und Weise vermitteln, dass es auch irgendeinen Anknüpfungspunkt an Menschen bekommt, die völlig, also wo ganz anders aufgewachsen sind und eine ganz andere Erfahrung gesammelt haben. [...] Also wie schafft man es da, auch an diese Menschen so anzuknüpfen, dass sie sagen: Da fühle ich mit. (BII23: 51)

Formulierungen wie »Pluralität aushalten« und die Forderung nach »Bindungskräften«, einem »Grundkonsens« (BII2: 79) oder aber auch »Hilfestellung« für Migrant:innen, »um ein Zusammenleben zu finden, was für alle akzeptabel ist« (BII4: 103), zeigen dennoch, dass viele Akteur:innen aus einer Perspektive sprechen, in der die Vorstellung einer »Mehrheitsgesellschaft« fortwirkt, in der eine Teilhabe nur durch die Annahme bestimmter Regeln möglich wird.

Fazit

Migrationsgesellschaft erscheint in den Interviews zum einen als Status quo, zum anderen als ein gesellschaftliches Idealbild, aus dem die Akteur:innen die Ziele ihrer eigenen Arbeit ableiten. Hierbei ist von Partizipation und Repräsentation sowie einer Diversifizierung der eigenen Institution die Rede. Migration soll dabei als Regelfall der Geschichte normalisiert werden und wird zugleich als neues Phänomen behandelt. Die gewandelte gesellschaftliche Realität einer Migrationsgesellschaft lässt es notwendig werden, die eigenen Praktiken und die Strukturen der Institution zu hinterfragen. Durch den Abgleich von Realität und Wunschvorstellung identifizieren die Interviewten Defizite und formulieren ihre Ziele. Im Hinblick auf die Betrachtung von Geschichtskultur ermöglicht ein Nachdenken über Migrationsgesellschaft eine Dynamisierung. Indem kontinuierliche Aushandlungsprozesse zwischen *Conflicting*, *Shared* und *Divided Memories* in den Blick geraten, tritt der prozesshafte Charakter von Geschichtskultur zutage.

Die Frage, wie geschichtskulturelle Aushandlungsprozesse geführt werden können, um Schritte in Richtung des entworfenen Idealbilds einer Migrationsgesellschaft zu gehen, beschäftigt die Akteur:innen nachhaltig. Die Antwort darauf, so resümieren verschiedene Interviewte, kann nur eine kontinuierliche Hinterfragung und Reflexion der eigenen Praxis sein. Denn eines kommt in den Interviews deutlich zum Ausdruck: Die Akteur:innen nutzen das Konzept von Migrationsgesellschaft, um diskriminierende Strukturen und Ungleichheitsverhältnisse in kritischer Absicht sichtbar zu machen. Zugleich spiegeln sich jedoch ebendiese Verhältnisse in ihren Schilderungen. Zuschreibungen werden zugleich kritisiert und reproduziert. In ihrer Praxis bewegen sich viele

der befragten Expert:innen zwischen dem Anspruch, eine bestimmte Zielgruppe zu erreichen, und jenem, Bildungsarbeit »für alle« anzubieten. In ihrer Arbeit positionieren sie sich in geschichtskulturellen Aushandlungsprozessen kontinuierlich neu, wobei sie geschichtskulturelle Strukturen umgestalten, aber immer auch zu einem Teil reproduzieren. Somit verdeutlichen die Interviews auch, dass das Bekenntnis zum Ideal einer Migrationsgesellschaft keinesfalls über hegemoniale Verhältnisse und Machtstrukturen der gegenwärtigen Geschichtskultur hinwegtäuschen sollte. Geschichte und Gesellschaft sind untrennbar verbunden und gleichermaßen von Ungleichheiten geprägt. Somit gleichen die Akteur:innen das Verfolgen der eigenen Ziele stetig mit einer gesellschaftlichen Realität ab, die sich vielfach anders gestaltet, als sie es sich wünschen. Eine Überwindung dieser Realität scheint sich jedoch nicht auf den Kampf gegen die Starrheit der eigenen Institution, gegen die Dominanz nationalgeschichtlicher Narrative oder gegen die rechte Sehnsucht nach einer homogenen, auf Ausschluss beruhenden Gesellschaft zu beschränken. Wie viele Befragte hervorheben, richtet sie sich auch gegen internalisierte gesellschaftliche Strukturen und Mechanismen. Die Herausforderungen für die Migrationsgesellschaft stellen sich auch in Form von Selbstreflexion und einer Auseinandersetzung mit eigenen Denk- und Verhaltensmustern. So zeigt sich auch in den Interviews, dass viele Akteur:innen in ihren Schilderungen der Idee einer vermeintlichen Mehrheitsgesellschaft verhaftet bleiben, etwa, wenn sie äußern, es brauche einen Rahmen und gewisse Regeln, eine »Begleitung«. Insofern stellt sich die Frage, ob das gesellschaftliche ›Wir‹ tatsächlich so anders geworden ist, wenn weiterhin die Frage diskutiert wird, ob es sich bei Migration um eine Herausforderung oder Chance handelt. Das notwendige Umdenken, das Mecheril mit dem Begriff Migrationsgesellschaft anstoßen will, ist, wie die Interviews zeigen, in vollem Gange. Nähert man sich dem Interviewmaterial mit Migrationsgesellschaft als heuristischem Analyseinstrument, zeigt sich ebenfalls, welche Vorannahmen unhinterfragt bleiben und welche Grenzen die Interviewten ziehen, wodurch sie ein bestehendes homogenes Bild der Gesellschaft reproduzieren.

3.2.3 Agieren im Wandel – Perspektiven auf Erinnerungspraktiken und historisches Lernen

Unsere Interviewpartner:innen sind geschichtskulturelle Akteur:innen, die sich im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit innerhalb geschichtskultureller Strukturen bewegen und auf vielfältige Weise auf diese einwirken: Sammlungsleiter:innen bestimmen durch die Auswahl von Objekten, welche Geschichten überliefert werden; Ausstellungsmacher:innen konstruieren Erzählungen, mit denen die Besucher:innen konfrontiert werden; Provenienzforscher:innen legen die Herkunft von Kunstwerken offen und prägen damit neue Narrative, während Pädagog:innen die Besucher:innen in ihren Auseinandersetzungen begleiten. Mitarbeiter:innen im Outreach hingegen versuchen, institutionelle Strukturen zu verändern, die den Rahmen all dieser Tätigkeiten bilden.

Trotz unterschiedlicher Positionen haben unsere Befragten eines gemeinsam: Sie alle gestalten mit ihrem Wirken Geschichtskultur und damit die Rahmenbedingungen für Prozesse des historischen Lernens in Gedenkstätten und Museen. Die Art, wie Ak-

teur:innen auf geschichtskulturelle Strukturen einwirken, welche Ziele sie dabei verfolgen und ob bzw. wie sie ihr Handeln auf geschichtskulturellen Wandel in der Migrationsgesellschaft beziehen, unterscheidet sich jedoch stark. Ebenso lassen sich deutliche Unterschiede in Bezug darauf verzeichnen, wie sich die Interviewten im Sprechen über ihr Handeln als geschichtskulturelle Akteur:innen – ob mit großer oder eher eingeschränkter Agency – entwerfen. Agency stellt dabei jedoch keine feststehende Eigenschaft eines Individuums dar; vielmehr wird sie im Verlauf des Interviews narrativ hergestellt (siehe dazu Abschnitt 1.3.5, Raithelhuber 2008). Mal erscheint dabei die eigene Person, mal das Team oder aber auch die Institution als handelnde Instanz, der Agency zugeschrieben wird.

Blickt man unter diesen Gesichtspunkten auf das Interviewmaterial, lassen sich aus der Vielzahl der geschilderten Aktivitäten des »doing memory« (siehe dazu Abschnitt 1.3.4, Macgilchrist et al. 2015) vier Formen des Agierens der Interviewten abstrahieren: Zum einen gibt es Praktiken, die auf Prozesse und Veränderungen innerhalb der Institution abzielen. Zum anderen positionieren die Expert:innen sich in aktuellen geschichtskulturellen Diskursen und beschreiben die eigenen Institutionen als diskursive Verhandlungsräume. Als Drittes agieren die von uns Befragten, indem sie Narrationen entwickeln, aufgreifen und vor Ort repräsentieren, also Geschichte(n) erzählen und damit narrativ tätig sind. Diese drei Formen der Erinnerungspraktiken bieten den Rahmen für die vierte Form des Doing Memory, auf der der Fokus der Interviews liegt: Hier handelt es sich um die Gestaltung von Angeboten historischen Lernens in Gedenkstätten und Museen, bei denen nicht nur die eigenen pädagogischen, methodischen und didaktischen Praktiken, sondern auch die der historisch Lernenden thematisiert werden.

Institutionelle Praktiken: Der Umgang mit den Rahmenbedingungen

Gedenkstätten und Museen sind geschichtskulturelle Institutionen, die (besonders ab einer bestimmten Größe) zunehmend komplexe Gefüge mit verschiedenen Abteilungen, internen Hierarchien und multiprofessionalen Teams darstellen. Als gewachsene Institutionen, die ihren Status häufig erst erringen mussten, sind Gedenkstätten und Museen auf Dauer und Stabilität angelegt. Ihre Aufgabe besteht nach Ansicht eines Großteils der Befragten im Sammeln und Bewahren von Objekten und Narrativen (BII29) und in der geschichtskulturellen Repräsentation eines bestimmten historischen Zusammenhangs (BII27). Somit sind die institutionellen Strukturen in Gedenkstätten und Museen häufig durch eine gewisse Starrheit geprägt, wie bspw. BII4 (67) zum Ausdruck bringt, indem er:sie betont, die eigene Institution sei »ein Tanker« und »unsere Mühlen mahlen sehr langsam«.

Diese institutionelle Starrheit kollidiert in den Schilderungen der Befragten häufig mit dem Wunsch oder der wahrgenommenen Notwendigkeit, auf geschichtskulturellen Wandel einzugehen. Ausnahmslos sehen die von uns befragten Expert:innen sich gegenwärtig herausgefordert, eine Sensibilisierung für Diversität und für diskriminierende Strukturen im professionellen Handeln der Mitarbeiter:innen ihrer Institution zu etablieren. Es bestehen jedoch deutliche Unterschiede in der Auffassung darüber, ob Wandel von außen an die Institution herangetragen oder aber auch aus der Insti-

tution heraus vorangetrieben wird. Ebenso unterscheidet sich, als wie tiefgreifend die Veränderungen verstanden werden, die eine solche Entwicklung mit sich bringt: Während BII4 gegenwärtige Aushandlungen um Migration, Diversität und Diskriminierung lediglich auf die Notwendigkeit bezieht, neue Angebote zu schaffen, besitzen diese Entwicklungen in den Augen anderer Befragter eine weitaus größere Schlagkraft hinsichtlich einer Veränderung des institutionellen Selbstverständnisses: »Also generell finde ich, kann man hinterfragen, ob Museen nicht verzichtbar sind. Also warum eigentlich nicht? Wer maßt sich an zu sagen, das müssen wir jetzt auf ewig aus Steuergeldern bezahlen? Wenn wir [aber] die Relevanz schaffen für die Gesellschaft und nicht für uns selbst, dann können wir einen wertvollen Beitrag in der Gesellschaft leisten« (BII19: 19).

Einig sind sich die Befragten jedoch in Bezug darauf, dass Veränderungen innerhalb der Institution nur in einem langsamen und stetigen Prozess zu verwirklichen sind. Dabei spiele eine Rolle, wie neue Stellen besetzt werden. Grundsätzlich sei es wünschenswert, dass das Team die Migrationsgesellschaft in ihrer Pluralität widerspiegele. Dies wird zugleich in allen Interviews als bisher nicht erfülltes Desiderat genannt:

Unser Kollegium hier ist nicht unbedingt ein Abbild der Gesellschaft, es ist sehr elitär natürlich, es ist akademisch geprägt, es ist sehr weiß. Und die Gesellschaft sieht aber eigentlich ganz anders aus. Und mein Ziel wäre es dann schon, dass unser Kollegium sich verändert, dass Realität, gesellschaftliche, da auch abgebildet wird und Heterogenität und Diversität. (BII26: 11)

Gerade die Tatsache, dass die eigenen Institutionen sehr »mehrheitsdeutsch« (BII14: 45) geprägt seien, stehe einer Sensibilisierung und der Öffnung der Strukturen im Wege. Hier wird noch einmal deutlich, dass viele Befragte in ihren Beschreibungen ein Inneres und ein Äußeres konstruieren. Während außen, also in der Gesellschaft, die Migrationsgesellschaft längst Realität ist, spiegelt sich dies innen – in den institutionellen Strukturen – nur wenig.

Insgesamt sehen sich viele Befragte mit Hürden und Widerständen konfrontiert, wenn sie sich bemühen, Diversität als Ausgangspunkt und Zielperspektive der eigenen Arbeit anzusehen. BII11 ist bspw. der Auffassung, ihre:seine Outreach-Aufgaben nur erfüllen zu können, wenn auch die Institution von innen und von Grund auf verändert werde:

Also ich glaube, ich habe die Stelle wie gesagt erstmal bekommen, weil es darum ging, dass bestimmte Leute hier fehlen. [...] Und ich glaube, die erste Vorstellung von einigen war, ich bring dann einfach Leute her und dann sind die da und dann passiert das schon. Aber dazu gehört ja noch ein anderer Prozess, nämlich sich auch selber zu öffnen, ne? [...] Also ich habe immer wieder Aushandlungsgespräche darüber, ob das jetzt wirklich meine Aufgabe ist, hier intern irgendwie Inhalte nochmal zu streuen, aber ich denke schon, dass das meine Aufgabe ist. Wenn man nachhaltig [...] Diversifizierung oder wie auch immer man das nennen möchte oder Rassismuskritik oder Diskriminierungskritik [...] in den Raum bringen will, dann muss das halt von allen getragen werden. (BII11: 11)

Und so versucht BII11 durch Workshops, Fortbildungen und interne Newsletter das Kollegium für Diversität und Diskriminierungskritik zu sensibilisieren, wobei er:sie auf

viele Widerstände, aber auch auf offene Türen stoße. BII21 schätzt individuelle Transformationsbestrebungen hingegen als nur begrenzt wirkmächtig ein. Vielmehr müssten diese Prozesse von der Leitung gewollt und initiiert werden, wodurch Mitarbeitende befähigt würden, sie umzusetzen:

Von daher sind wir eher gezwungen, die Vielfalt, die jetzt sozusagen der Kern [der Stadt] ist, [...] auch irgendwie zu sammeln. [...] Aber dieses mit dem Sammeln oder mit dem Aufstellungsprogramm, das ist von uns vorgegeben durch die Leader im Haus. Die sagen, wir müssen Museum neu denken. Das ist wirklich top down, also muss man wirklich sagen. Und bei einigen Leuten trifft das auf etwas, was sie sowieso wollen, ja? Also endlich sagt es mal einer, endlich muss ich mich nicht mehr verstecken mit meinem Ansatz. Aber [...] ohne jemanden, der sagt, Sammlungskonzept muss jetzt auf Vielfalt ausgerichtet sein, hätte es das nicht gegeben, ja. Also diese Entwicklungen hin zu mehr Offenheit [...] sind echt verordnet, muss ich sagen. (BII21: 71)

Während einige Befragte also eine schleichende Transformation institutioneller Strukturen als unumgänglich und z.T. schon als im vollen Gange ansehen, beschreiben andere sie als Kraftakt, der nur funktionieren kann, wenn er von der ganzen Institution, insb. von Personen in entscheidenden Stellen, getragen wird.

Diskursive Praktiken

Museen und Gedenkstätten existieren nicht isoliert. Sie sind Teil von Geschichtskultur, was impliziert, dass ihnen in geschichtskulturellen Diskursen Bedeutung zugeschrieben wird. Dabei gelten insb. Museen traditionell als Orte, an denen Besucher:innen sich »über Geschichte informieren« (BII4: 29) können und die in ihren Darstellungen einen Wahrheitsgehalt und eine gewisse Objektivität versprechen: »Es ist diese Haltung, ich gehe dahin, mir wird was geboten, ich schreite vielleicht von Vitrine zu Vitrine und nehme das so hin. Und die Museen haben ein ganz hohes Gut, das aber aus meiner Sicht ziemlich gefährlich ist: Und zwar nehmen oder beurteilen die meisten Menschen Museen oder was in Museen ausgestellt wird als Wahrheit« (BII19: 27). Die Relevanz, die geschichtskulturellen Institutionen zugeschrieben wird, legitimiert zwar die eigene Arbeit, kann aber, wie die von uns interviewten Mitarbeiter:innen von NS-Gedenkstätten betonen, gleichzeitig zur Belastung werden. Angesichts der immer präsenteren Diskurse um den Stellenwert des Nationalsozialismus in der Migrationsgesellschaft sehen sie sich mit Aufgaben und Bedeutungszuschreibungen konfrontiert, die sie weder erfüllen wollen noch können:

Auf so einer gesamtgesellschaftlichen Ebene sehe ich als ganz große Belastung auch so für mich persönlich, dass die Bedeutung der KZ-Gedenkstätten politisch immer wieder abqualifiziert wird und angegriffen wird – und zeitgleich die KZ-Gedenkstätten mit so Bedeutungen überlastet werden. Alle Geflüchteten müssen mal in die KZs, weil dann wird ihnen der Antisemitismus ausgetrieben. Ja und jedes AfD-Mitglied, eigentlich dürfen die auf keinen Fall kommen oder nein, eigentlich sollten sie ja doch kommen, weil dann lernen sie ja die richtige Einstellung und das macht mich echt fertig, das ist so, als wäre es so immer noch das Allheilmittel. Wo ich denke: Was soll das? (BII8: 33)

Während die von uns befragten Mitarbeiter:innen in Museen also die Bedeutung, die ihrer Institution zugeschrieben wird, als Legitimation ihrer Arbeit begreifen und lediglich die damit verbundene Deutungshoheit problematisieren, sehen sich Gedenkstättenmitarbeiter:innen mit deutlich normativeren Ansprüchen konfrontiert, von denen sie sich entschieden abgrenzen.

Hier zeigt sich, dass Museen und Gedenkstätten nicht als bloße Projektionsflächen fungieren, die diskursiv mit Bedeutung versehen werden, sondern auch selbst Orte diskursiver Aushandlung darstellen, indem sie eine Plattform für geschichtskulturelle Auseinandersetzungen schaffen. Eine solche diskursive Teilhabe reicht von Gesprächen im Rahmen von Führungen mit Kurator:innen bis zu Ansätzen, bei denen das Museum selbst »zum Diskurs« gestellt wird und die Besucher:innen z.B. eingeladen sind, selbst Objekte einzubringen (BII19: 21). Museen und Gedenkstätten werden so Orte »für Diskurs« (BII23: 15), die Geschichtskultur nicht nur aufgreifen und abbilden, sondern auch eigene Impulse setzen, indem mit Ausstellungen geschichtskulturelle Leerstellen markiert werden, Tagungen vor Ort Diskussionsräume zu bestimmten Themen eröffnen und marginalisierte Perspektiven einen institutionellen Rahmen und damit eine Öffentlichkeit finden (BII11, BII19).

Darüber hinaus sind Museen und Gedenkstätten auch selbst eigenständige Akteur:innen in geschichtskulturellen Diskursen. Für viele der Befragten bietet der institutionelle Rahmen die Möglichkeit, »eine Stimme zu sein, die irgendwie da ist und sich positioniert und auch in die Gesellschaft reinwirken kann« (BII27: 11). Insbesondere die interviewten Mitarbeiter:innen an Gedenkstätten fordern angesichts der Erkenntnis, dass Bildungsarbeit die Anforderung, »aus Rechten Demokraten zu machen«, nicht erfüllen könne (BII9: 5), eine deutliche politische Positionierung gegen rechtsrevisionistische Tendenzen seitens der Leitungen von Gedenkstätten:

Und ich habe den Eindruck, diese Orte müssen sich jetzt gegenwartspolitisch laut positionieren. Obwohl es viele Gründe gibt, warum – ich will nicht sagen wir, aber – viele das vielleicht nicht wollen oder nicht gewollt haben. Ich sehe das aber als was, was an die Orte mehr herangetragen wird [...]. Ich würde das gut finden, wenn die Leitungen dieser Orte solche Statements machen. Ich will nicht hier stehen und einer achten Klasse [aus der Region] erzählen: »Jetzt passt aber auf, die bösen Nazis!« und so. Ich würde es aber durchaus spannend finden, wenn die Leitungen von Stiftungen, die solche Orte betreuen, feste Positionen haben und sich gegen [so]was politisch äußern. Und das ist, glaube ich, noch relativ neu. (BII8: 41)

Als Orte, die an die nationalsozialistischen Verbrechen erinnern, schreiben Gedenkstättenmitarbeiter:innen der eigenen Institution gesellschaftlichen Einfluss zu. Sie seien verpflichtet, den Umgang mit NS-Geschichte in der Gegenwart aktiv mitzugestalten und »einfach eine Stimme zu sein, in diesem ganzen, gerade richtig abgefackten politischen und populistischen Diskurs, der so stattfindet« (BII27: 9).

Narrative Praktiken

Eine weitere Form, Geschichtskultur zu gestalten, besteht für die Akteur:innen in der Schaffung von Narrationen durch die Sammlung von Quellen und Objekten, durch

deren Auswahl, die Gestaltung von Ausstellungen und von pädagogischen Formaten. Überlegungen darüber, wer auf welche Weise Geschichte erzählt und wie der Konstruktionscharakter von Geschichte dabei sichtbar wird, stellen für alle Befragten einen zentralen Bestandteil des Nachdenkens über das eigene professionelle Wirken dar.

Ausgangspunkt der Geschichtserzählungen sollte in den Augen vieler Befragter die Gegenwart sein: »Ich will mir nicht von der Vergangenheit diktieren lassen, was mich heute interessiert« (BII4: 97). Vielmehr gehe es darum, zu untersuchen, »welche Probleme, welche Themen sind uns heute wichtig und die sozusagen in die Vergangenheit verfolgen und zu gucken, woher kommt das« (ebd.). Die Auseinandersetzung mit Geschichte wird als bereichernde Perspektive auf die Gegenwart verstanden, da sie ermögliche, zu erklären, »wie die Gesellschaft zu dem geworden ist, was sie ist« (BII3: 3). So könnten gegenwärtige Entwicklungen auf ihre Ursachen zurückgeführt werden: »Diese Entwicklung, die jetzt gerade passiert, liegt an A, B, C, D – was in der Vergangenheit passiert ist« (ebd.). Während diese erklärende Funktion von Geschichte in den meisten Interviews betont wird, findet sich vereinzelt auch der Ansatz, dass eine Auseinandersetzung mit Geschichte auch eine Hinterfragung gegenwärtiger Gegebenheiten und damit deren Überschreitung ermögliche.

Sinnbildungen

Hegemoniale Narrative werden in den Interviews selbst von Mitarbeiter:innen in großen, nationalgeschichtlich ausgerichteten Museen als ausschließend und monoperspektivisch kritisiert. So distanziert sich bspw. BII2 (29) von einem »Erfolgsmasternarrativ der deutschen Geschichte«. Auch BII4 problematisiert Erzählungen, die Entwicklungen als linear und unumgänglich darstellen, wenn etwa die Wiedervereinigung als »Ziel der deutschen Geschichte« (BII4: 33) charakterisiert werde; diese Erzählung diene dem Zweck, Bestehendes zu legitimieren und nationale Selbstvergewisserung zu gewährleisten. Viele der Befragten fordern, Geschichte stattdessen als dynamischen Prozess zu betrachten, der Vor- wie Rückschritte und damit immer Brüche beinhalte (BII20: 61), mit Jörn Rüsen gesprochen: traditionale Sinnbildungsmuster zu hinterfragen und durch genetische Sinnbildungen zu ersetzen (Rüsen 1983, Abschnitt 1.3.3).²

Während jedoch manche Nationalgeschichte gänzlich überwinden wollen, schränken andere ein, die »Ausgangsbasis« (BII2: 53) müsse die deutsche Geschichte bleiben. Um den damit verbundenen Ausschlüssen entgegenzuwirken, vielfältige Anknüpfungspunkte und damit Identitätsangebote bereitzustellen, müssten jedoch auch »typisch deutsche Themen, oder die in der deutschen Geschichtsvermittlung lange Zeit Platzhirsche waren, also Nationalsozialismus, Holocaust, vielleicht dann auch SED-Diktatur, Stasiaaufarbeitung« (BII2: 55) nicht ausschließlich als deutsche Geschichte erzählt, sondern im Hinblick auf dahinterstehende Mechanismen betrachtet werden:

2 Mit Rüsen's Konzeptualisierung unterschiedlicher Erzählweisen von Geschichte in der Geschichtskultur aus den 1980er Jahren wird in der Geschichtsdidaktik weiterhin gearbeitet. Zur Kritik an der Idee einer »Sinnbildung« sowie an Rüsen's Systematisierung siehe etwa die Debatte »Sinnbildung über Zeiterfahrung« – eine Leerformel? auf Public History Weekly (Sauer 2014).

[S]olche Fragen eben zu verallgemeinern, also dass man sich dem Holocaust eben nicht über die Schuldfrage der Deutschen nähert und der Verantwortungsfrage der Deutschen nähert, sondern »Wie funktioniert Exklusion, wie funktioniert Integration?«, also über Erfahrungen, die keine deutsche Sozialisation voraussetzen, sondern vielleicht sogar noch viel stärker tatsächlich Migranten oder Minderheiten ansprechen, die diese Erfahrungen ja eben machen, natürlich nicht des Holocaust oder des Nationalsozialismus aber, also das ist ein Anknüpfungspunkt, Muster zu beschreiben, Regelwerke, wie funktionieren Diktaturen, wie funktionieren totalitäre Systeme und das kann man am Beispiel des Nationalsozialismus natürlich sehr gut machen, aber unter der Fragestellung, was ist davon eigentlich allgemeingültig und hat Gültigkeit unabhängig von der deutschen Geschichte zwischen '33 und '45. Wo sind solche Mechanismen am Werk, die mit der Diskriminierung von Minderheiten arbeiten, was ja ein allgemeingültiger Mechanismus ist. (BII2: 55)

Nach Rüsen lassen sich jene Erzählungen als exemplarische Sinnbildungen charakterisieren, mittels derer aus einem historischen Zusammenhang eine überzeitliche Regel abgeleitet wird. Die exemplarische Sinnbildung wird von BII2 zur Überwindung einer traditionellen, auf Ausschluss beruhenden Narration vorgeschlagen.

Das eigene Erzählen, das die Befragten bestehenden Erzählungen entgegenstellen, lässt sich auch als kritische Sinnbildung charakterisieren, die Rüsen zufolge bewusst geläufige Deutungen infrage stellt. Insbesondere an NS-Gedenkstätten sehen sich die Mitarbeiter:innen mit vorgefertigten und – wie sie beklagen – meist vereinfachenden und pauschalisierenden Erzählungen konfrontiert, die die Besucher:innen mitbringen und die ihre Erwartungen bestimmen. So sieht es bspw. BII7 (22) als seine:ihre Aufgabe an, den »Erzählungen« und »Bilder[n], die schon da sind«, »Gegenerzählungen entgegenzusetzen«.

An verschiedenen Stellen lässt sich eine Diskrepanz zwischen den Erzählformen, die die Befragten fordern, und denen, die sie tatsächlich verwenden, wahrnehmen. In ihren Versuchen, bestehenden Narrationen kritische Gegenerzählungen entgegenzusetzen, entwerfen einige der interviewten Expert:innen zwar einerseits genetische Sinnbildungen als Gründungsmythos der Migrationsgesellschaft und Gegenerzählung zu traditionellen Sinnbildungen, die von einer statischen und homogenen Gesellschaft erzählen, wenn sie etwa konstatieren: »Wir selbst, ja wir sind ja nun wieder andere auch geworden« (BII20: 61).

Andererseits zeigt sich im Material auch eine Vielzahl kritisch-traditionaler Sinnbildungen. Den kritisierten traditionellen Erzählungen einer homogen vorgestellten Nation wird die Erzählung einer pluralistischen Gesellschaft mit einer langen Tradition entgegengesetzt, wie bspw. in folgendem Zitat:

Wir brauchen uns nicht wieder selber finden, wir haben uns gefunden, nämlich mit dem Bekenntnis zu dieser pluralistischen Gesellschaft, zu den Grundwerten und unseren Überzeugungen, ja, wir haben uns auch darin selber entdeckt, nämlich indem Deutschland seine demokratischen Traditionen entdeckt hat, auch vor dem Kaiserreich, auch in der, auch sich selber als Einwanderungsgesellschaft, wie Sie eingangs gesagt haben, dass es immer war. [...] Wir haben uns schon entdeckt, wir sind wir selbst geworden, nämlich demokratisch und pluralistisch. (BII22: 47)

Umgang mit Quellen

Den »Grundstoff, aus dem wir schöpfen« (BII9: 9), bilden für diese Erzählungen sowohl in Gedenkstätten als auch in Museen die historischen Quellen. Damit sind die hier entstehenden Erzählungen bereits an ihrem Ausgangspunkt bestimmt durch die Auswahl der Quellen, die den Akteur:innen zur Verfügung stehen. Doch gerade angesichts des geschichtskulturellen Wandels in der Migrationsgesellschaft nehmen fast alle Befragten eine steigende Notwendigkeit wahr, multiperspektivisch zu erzählen. Sie wollen auf Quellen- wie auf Deutungsebene verschiedene Blickwinkel auf Vergangenheit zeigen. Doch bestimmte historische Perspektiven, so wird beklagt, blieben häufig durch die schlechte Quellenlage verschlossen. So erklärt BII4 (31), der eigene Anspruch, »die ganze Gesellschaft in den Blick« zu nehmen, sei oft nicht umsetzbar. Während die »Herrschenden« gut dokumentiert seien, gebe es bspw. aus dem Mittelalter kaum Überlieferungen über die Perspektiven derer, »die beherrscht wurden« (ebd.). Aus diesem Mangel leitet BII21 die Notwendigkeit ab, die eigene Sammlungspraxis für die Zukunft zu hinterfragen, um auf diese Weise neue und stärker multiperspektivische Erzählungen zu ermöglichen:

Es hat eine Veränderung stattgefunden im Sammeln [...]. Dass wir nicht nur Gegenwart sammeln, sondern Vielfalt. So das ist eine große Veränderung. [...] Da gibt es ja keinen wirklichen Mainstream mehr, an dem man sich festhalten kann, also diese diversifizierte Gesellschaft, also vor 100 Jahren wusste ich noch, okay, ich brauche das Porträt von dem Herrscher, ich muss wissen, wie so ein prototypisches Zimmer bei einer Großfamilie oder bei einem Großbürger ausgesehen hat – und jetzt: Was steht denn jetzt stellvertretend für [die Stadt]? Das ist ja total schwierig zu beantworten. Von daher sind wir eher gezwungen, die Vielfalt, [...] auch irgendwie zu sammeln. Also wir haben die Sicherheit verloren, dass wir wissen, was wir sammeln. (BII21: 71)

Dennoch bleibt der Umgang mit Quellenlücken eine Herausforderung, der Mitarbeiter:innen von Gedenkstätten und Museen sich stellen müssen. Gerade in Gedenkstätten in ehemaligen Konzentrationslagern gibt es Perspektiven, die verschlossen bleiben. Insbesondere BII15 beschäftigt sich intensiv mit der Frage, inwiefern es möglich sei, Perspektiven, »die sowieso marginalisiert sind in der Erinnerung«, »trotzdem zu erzählen«. Er:sie spricht sich dafür aus, »die blinden Flecken auch aufzuzeigen und zu sagen, ja, es hat auch seinen Grund, warum diese Geschichten nicht bekannt sind« (BII15: 35).

Mitarbeiter:innen in Museen und Gedenkstätten verfügen über Gestaltungsmacht. Sie verstehen es als ihre Aufgabe, zur Verfügung stehende Überlieferungen und Objekte anzuordnen, zu kontextualisieren und auf diese Weise Erzählungen zu generieren. Um verantwortungsvoll mit dieser Deutungshoheit umzugehen, sei es wichtig, so betonen viele der Interviewten, Geschichte als Narration offenzulegen sowie transparent zu machen, dass bereits die Auswahl der Objekte eine Deutung darstelle. Dabei müsse auch, wie BII19 fordert, klar werden, dass die auswählende Person immer »ein Mensch in einer bestimmten Situation mit einem bestimmten Hintergrund« sei und »dass jeder aus dieser Vielfalt andere Objekte auswählen würde. Und selbst bei den gleichen ausgewählten Objekten andere Fragen [an diese] richten würde« (BII19: 27). Insbesondere angesichts der Erkenntnis, dass die Gesellschaft, in der die Befragten agieren, eine Mi-

grationsgesellschaft darstelle, erscheine diese Deutungshoheit dennoch problematisch: Denn in den meisten Fällen, so kritisiert BII11 (17), sei es die »weiße Mittelklasse, die hier sprechen kann, [...] Historiker eben, ausgebildete«. Marginalisierte Perspektiven hingegen würden maximal auf der Ebene von Quellen repräsentiert. Insgesamt handle es sich dabei jedoch um einen ersten Schritt in Richtung einer Diversifizierung der Erzählungen in der eigenen Institution (BII11: 17).

Reflexion der eigenen Agency und des Umgangs mit eigener Deutungshoheit

Die Machtposition, in der die interviewten Expert:innen sich befinden, bildet einerseits die Grundlage der eigenen Arbeit. Die befragten Ausstellungskurator:innen und pädagogischen Mitarbeiter:innen bereiten Quellen auf, konzipieren Narrationen und präsentieren diese den Besucher:innen, wodurch deren Auseinandersetzung mit Geschichte überhaupt erst möglich wird. Andererseits impliziert diese Ausgangssituation ein Machtungleichgewicht zwischen den Produzent:innen und den – vermeintlich passiven – Rezipient:innen historischer Erzählungen:

Ich habe auch keine Ausstellung bei uns erlebt zumindest, wo das auch so transparent wird. Also der Besucher muss damit leben, dass er diese eine Interpretation bekommt. [Das ist] gar nicht böser Wille, würde ich jetzt mal unterstellen, sondern es kommt uns gar nicht mehr in den Kopf, diese Praxis, Objekte einfach zu nehmen und unsere eigene Bedeutung reinzuschreiben, ist so in Fleisch und Blut übergegangen. (BII21: 35)

Gleichzeitig konstatiert BII21, sei es eben diese Praxis, die die Besucher:innen im Museum auch erwarten. Die Mitarbeiter:innen der Institution müssten zwar ihre eigene Deutungshoheit hinterfragen, zugleich sollten aber auch die Besucher:innen lernen, »dass nicht das, was auf der Tafel steht, die einzig mögliche Interpretation ist« (BII21: 43).

Um verantwortungsvoll mit der eigenen Deutungshoheit umzugehen und eine Hinterfragung derselben zu ermöglichen, sprechen sich viele Befragte dafür aus, vielstimmig zu erzählen und zugleich die Interpretation den Besucher:innen zu überlassen. In diesem Zusammenhang bezieht sich BII9 explizit auf den Beutelsbacher Konsens: Es gehe darum, möglichst wenig Deutung vorzugeben, wozu bspw. auch zähle, Überwältigung zu verhindern. So schildert bspw. BII2 den Versuch, »auf eine explizite Narration« zu verzichten und »demonstrativ« eine »neutrale Sachlichkeit« als Form der Darstellung zu wählen. Gleichzeitig erkennt er:sie an, dass diese Sachlichkeit »natürlich auch nicht neutral« sei. Man habe jedoch versucht, »bewusst auf Positionierungen zu verzichten, um sich eben nicht den Vorwurf machen zu lassen, dass man hier ein bestimmtes Narrativ an den Mann bringen will« (BII2: 39). Die »Kunst des Ausstellungsmachens«, so beschreibt es BII29 (24), bestehe darin, »Exponate so zueinander anzuordnen, dass etwas zum Sprechen kommt«, ohne dass dabei »plumpe Vorgaben« gemacht würden, damit die Besucher:innen sich selbst ein Bild machen könnten. Ausstellungen stellen in dieser Schilderung also nicht nur Orte dar, in denen bestehende Erzählungen aufgegriffen und repräsentiert werden. Gleichmaßen werden eigene Erzählungen konstruiert und Besucher:innen motiviert, an diesen Prozessen mitzuwirken.

Pädagogische Praktiken: Die Gestaltung historischen Lernens

Obwohl die Befragten mitunter eine Spaltung zwischen fachwissenschaftlichen und pädagogischen Abteilungen der Institutionen wahrnehmen, zeichnet sich in ihren Schilderungen eine Entwicklung ab: Deutlich wird, dass Bildung und Vermittlung zunehmend in der Sammlungs- und Ausstellungskonzeption mitgedacht werden, da sie die Rahmenbedingungen historischen Lernens bilden. Mitarbeiter:innen von Museen und Gedenkstätten agieren an der Schnittstelle zwischen Geschichtskultur und dem Geschichtsbewusstsein der am Bildungsprozess beteiligten Akteur:innen. Eine Diskrepanz, die sich im Interviewmaterial herauskristallisiert, besteht dabei zwischen Aussagen, die historisches Lernen v.a. als eine Einführung in Geschichtskultur denken, und solchen, bei denen das Orientierungsbedürfnis der am Bildungsprozess beteiligten Subjekte im Vordergrund steht (siehe dazu Abschnitt 1.3.3 Meyer-Hamme 2018). So geht es bspw. vielen Mitarbeiter:innen von NS-Gedenkstätten darum, die Erzählungen der Überlebenden und die Geschichte der Orte »im kollektiven Gedächtnis wachzuhalten« (BII27: 13). In Museen wird wiederum das Ziel genannt, »das, was schon da ist, hier an den Mann zu bringen und zu vermitteln« (BII2: 17). Gleichzeitig, konstatiert ein:e Mitarbeiter:in derselben Institution, gehe es eben nicht darum, »den Leuten irgendwie von A bis Z ein Welt- und Geschichtsbild vorzulegen, was man als wahr verkauft« (BII4: 41). Vielmehr sollten die Fragen und subjektiven Anknüpfungspunkte der Besucher:innen den Ausgangspunkt der eigenen Arbeit bilden.

Multiperspektivität auf allen Ebenen

Wie die Befragten berichten, bemühen sie sich bereits bei der Entwicklung von Narrationen, eine große Perspektivenvielfalt zu berücksichtigen und Geschichtserzählungen als Konstruktionsprozess sichtbar zu machen. Dieser Anspruch tritt in der pädagogischen Interaktion noch deutlicher zutage. Obwohl die Besucher:innenschaft homogener ist, als viele Befragte sich wünschen, kommen Menschen sehr unterschiedlicher Verortungen in die Institutionen. Insbesondere Schulklassen betrachten die Interviewten dabei als ein Abbild der diversen und pluralen Gesellschaft (BII19: 33). Damit Besucher:innen die Möglichkeit haben, eigene Anknüpfungspunkte zu den präsentierten Erzählungen zu entwickeln, müsse ihnen eine möglichst große Perspektivenvielfalt präsentiert werden: »Und das ist mir wichtig, dass wir nicht nur multiperspektivisch [erzählen, Anm. d. V.], sondern auch in den Zugängen für die Jugendlichen Multiperspektiven sozusagen ermöglichen. [...] Und dass es dann wirklich auch wichtig ist, eine breite Varianz an Angeboten zu machen« (BII19: 13).

Indem das geschichtsdidaktische Prinzip der Multiperspektivität, auf das sich viele Befragte explizit berufen, auf Quellen- und Deutungsebene gewährleistet werde, könne auch auf Ebene der Rezipient:innen historischer Bildungsangebote eine Multiperspektivität erreicht werden, indem diese eigene Perspektiven entwickeln. Das eigene pädagogische Handeln beschreibt BII17 (15) deshalb v.a. als »Reagieren« auf das, was die Besucher:innen in den Aushandlungsprozess einbringen.

Um pädagogische Veranstaltungen als Aushandlungsprozess zu gestalten, sollten sie idealerweise zu einer – unter Umständen auch kontroversen – Auseinandersetzung anregen, wie BII23 betont:

[Das heißt,] dass dieser Dialog mit dem Publikum immer sehr stark im Fokus liegen soll. Also das soll nicht eine reine Frontalvorstellung sein: Jetzt sehen wir das, jetzt sehen wir das, sondern es sollen immer die Erfahrungen, die das Publikum mitbringt ins Museum, mit einbezogen werden [...], weil die [Ausstellungen] auch sehr, sehr unterschiedlich wahrgenommen werden. Das ist immer das Spannende. Man denkt, man macht was, man sieht was und es wird so und so wahrgenommen. Aber wenn zehn Leute kommen, gibt es zehn verschiedene Wahrnehmungen, wie so was funktioniert. Und im Bestfall ist es so, dass es unterschiedlich wahrgenommen wird, dass darüber gesprochen wird und diskutiert wird. Weil, wenn alle das gleich gut oder gleich schlecht finden, dann ist es, glaube ich, langweilig und dann gibt es keine Debatte und keine Meinungsvielfalt. (BII23: 21)

Dabei finden sich im Interviewmaterial unterschiedliche Aussagen darüber, was dieser Anspruch unter migrationsgesellschaftlichen Gesichtspunkten bedeutet und welche Rolle dabei die Diversität möglicher Sinnbezüge spielt. Einige Befragte schildern den Versuch, spezifische Formate für Zielgruppen anzubieten, die bisher nur wenig erreicht werden. Gleichzeitig findet sich bei anderen Befragten der Anspruch, dass die ›Hintergründe‹ der Besucher:innen im Bildungsprozess keine große Rolle spielen und Bildungsangebote generell an einer gesellschaftlichen Diversität ausgerichtet sein sollten:

Und das würde ich mir eigentlich wünschen, dass wir gar nicht mehr darüber reden müssen, was für eine Gruppe kommt jetzt da, woher kommt die? Und diese ganzen abstrusen Dinge von: Sind das Menschen mit Migrationsgeschichten oder nicht? – Dass es gar keine Rolle spielt, wenn man verstanden hat, jede Besucherin, jeder Besucher, alle Menschen, die hier hinkommen, sind von Grund auf verschieden. [...] Und sie sind divers, wie jede andere Person auch. Und deswegen brauchen wir uns gar nicht diese ganzen abstrusen Gedanken machen. Weil, alles, was wir hier entwickeln an Bildungsmaterial und Bildungsarbeit, ist für alle relevant, da wir uns auf die Gesellschaft der Vielen beziehen. (BII27: 63)

Empathie und Identifikation

In diesen Überlegungen zur Bedeutung gesellschaftlicher Pluralität für Bildungsangebote vor Ort zeichnet sich eine Grundannahme über das Wesen historischen Lernens ab: Anknüpfungspunkte in den präsentierten Narrativen zu entdecken, funktioniert in den Augen vieler Befragter nur über persönliche Bezüge. Diese entstanden zumeist dadurch, dass die Rezipient:innen sich mit historischen Akteur:innen identifizierten. Dabei ist die nationale Zugehörigkeit der Besucher:innen insofern relevant, als sie als relevantes Merkmal in der eigenen Identitätskonstruktion verhandelt wird. Wird in einem Museum oder einer Gedenkstätte Geschichte als Nationalgeschichte erzählt, bietet diese Erzählung laut den Befragten v.a. Identitätsangebote für Besucher:innen, die sich

der Nation, deren Geschichte hier erzählt wird, zugehörig fühlen und die präsentierte Geschichte damit als »eigene« wahrnehmen.

Darüber hinaus wird im Material jedoch deutlich, dass nationale Zugehörigkeit in den Augen der Befragten zwar ein wirkmächtiges Element der Identitätskonstruktion darstellt, jedoch angesichts der Komplexität und Vielfalt von Identitäten lange nicht das einzige. So konstatiert BII17, es gebe immer Bezüge zum Leben der Besucher:innen – und wenn diese nicht »biologisch« seien, »dann gibt es die vielleicht, weil sie plötzlich sehen, dass viele Häftlinge sehr jung waren, dass die auch Geschwister hatten, dass sie auch eine Stiefmutter hatten, dass sie, was weiß ich, gerne Swing-Musik gehört haben, [...] dass sie schwul waren« (BII17: 15). Es sei wichtig anzuerkennen, dass Anknüpfungspunkte der Besucher:innen nicht vorhersagbar seien; auch deshalb dürfe diesen niemals ein Interesse aufgrund von Zuschreibungen unterstellt werden (BII7, BII9). Ein:e andere:r Interviewte:r mahnt an, es gelte zu berücksichtigen, dass zwar alle Interessen und Fragen »gleichermaßen relevant« seien, sich jedoch einige Fragen aufgrund der Quellenlage leichter beantworten ließen als andere (BII15: 41). In solchen Überlegungen zu zielgruppenspezifischen Angeboten zeigt sich das Spannungsfeld zwischen einer Normalisierung von Differenzkategorien und deren Dekonstruktion, auf das auch Mai-Anh Boger (2015) mit ihrer *Theorie der trilemmatischen Inklusion* hinweist. Zugleich tangieren diese Überlegungen Fragen danach, welche Rolle Identifikation im historischen Lernen spielt, wie weit eine Identifikation mit historischen Akteur:innen reichen soll und ob es beim historischen Lernen überhaupt um ein Sich-Hineinversetzen in historische Akteur:innen geht (siehe dazu Brauer 2013).

Gerade in Gedenkstätten betonen viele Befragte den Versuch, einer »reinen Viktimisierung« in der Darstellung der Inhaftierten entgegenzuwirken. Das sei nicht leicht, »weil natürlich sie hier entwürdigt wurden und man dann irgendwie es hinkriegen muss, ihre Geschichte so zu erzählen, dass die Gewalt und die Verbrechen drin vorkommen, aber [...] dass es trotzdem vielleicht die Möglichkeit einer Empathie gibt und nicht eine weitere Viktimisierung in der Darstellung« (BII16: 43). BII17 äußert sich in eine ähnliche Richtung und verweist ergänzend darauf, dass deswegen versucht werde, die ganze Lebensgeschichte der Inhaftierten zu thematisieren und auch Handlungsspielräume hervorzuheben (BII17: 13, 33). Hier scheint die Darstellung historischer Personen als handelnde Akteur:innen, denen eine Agency zugesprochen wird, empathische Zugänge ermöglichen zu sollen.

Insgesamt zeigt sich, dass in den Interviews Prozessen des historischen Lernens explizit gesellschaftliche Relevanz und damit auch eine normative Komponente zugeschrieben wird – denn Empathie und gegenseitiges Verständnis nennen viele Befragte als zentrale Zielsetzung ihres pädagogischen Handelns:

Dementsprechend würde ich hoffen oder mir wünschen, dass [...] noch mal ein bisschen mehr Fokus gelegt wird auf Empathie und Mitgefühl. [...] Empathie ist eigentlich, glaube ich, der richtige Ausdruck, dass man den Menschen noch mehr in den Mittelpunkt rückt. Also dieses Verständnis, was Menschen [...], so wie du und ich, in den Mittelpunkt rückt und sagt: Das haben Menschen erfahren müssen oder erleiden müssen oder Schicksale ertragen müssen, und dass man über solche Zugänge einfach auch

Verständnis auch schafft. Ja, genau, das wollte ich auch noch sagen, Verständnis, Verständnis für Geschichte, Empathie für Geschichte. (BII23: 51)

Historisches Lernen wird in den Dienst eines demokratischen Zusammenlebens in einer pluralen Gesellschaft gestellt. Dennoch gehe es bei Empathie nicht darum, sich uneingeschränkt mit historischen Personen zu identifizieren, sondern den eigenen Standpunkt im Blick zu behalten, schließlich sei es »anmaßend zu denken, dass man deren Erfahrungswerte nachempfinden kann« (BII8: 79).

Damit geht es hier gleichermaßen um eine Identifikation und um eine Alteritätserfahrung, also auch um die Anerkennung der Tatsache, dass historische Erfahrungen sich nicht nachfühlen lassen. An dieser Stelle findet sich in den Augen der Verfasser:innen eine interessante Gleichsetzung des Umgangs mit einer historischen und einer gegenwärtigen gesellschaftlichen Perspektivenvielfalt. Denn auch in der Gegenwart sei es zentral, Perspektivenvielfalt zu erfahren und anzuerkennen, dass bestimmte Erfahrungen zwar nachvollziehbar, jedoch nicht nachföhlbar seien.

Historisches Lernen als »Befähigungsveranstaltung«?

Neben einer Konzeption historischen Lernens als Einführung in Geschichtskultur und einer solchen, die die Reflexion der subjektiven Bedeutung seitens der am historischen Bildungsprozess Beteiligten in den Vordergrund stellt, findet sich in einigen Interviews auch ein Verständnis historischen Lernens als »Befähigungsveranstaltung« (siehe Abschnitt 1.3.3). Eine solche Konzeption historischen Lernens zielt darauf, den am Bildungsprozess beteiligten Akteur:innen zu ermöglichen, die Fähigkeit auszubilden, eigenständig und kritisch reflektierend in geschichts- und erinnerungskulturellen Strukturen zu agieren: »[G]erade so dieser riesengroße Kofferbegriff Erinnerungskultur ist ja nun mal auch nicht statisch, sondern es geht darum, das zu gestalten, und [...] das hat was mit einem demokratischen Miteinander zu tun und hat was mit Vergesellschaftung oder sich in einer Gesellschaft bewegen können zu tun, wenn man erinnerungskulturell diskursfähig ist« (BII26: 13).

Betrachtet man allerdings die Art, wie viele Interviewte die pädagogische Interaktion schildern, scheint der Anspruch, einen demokratischen Aushandlungsprozess zu gestalten, in dem Besucher:innen selbst als geschichtskulturelle Akteur:innen aktiv werden, mit normativen Zielsetzungen zu kollidieren. So betont bspw. BII19, er: sie verstehe die eigene Rolle nicht als »Vermittler:in«, sondern als »Mentor:in«, deren Aufgabe darin bestehe, als »Türöffner das Museum zu öffnen und als Forschungsraum zur Verfügung zu stellen« und »Freiräume [zu] schaffen« (BII19: 35). Doch einen offenen Aushandlungsprozess zu ermöglichen, würde implizieren, die Ergebnisoffenheit der Prozesse historischen Lernens und eine Vielfalt möglicher Bezugnahmen zu akzeptieren. Hier verfügen viele Mitarbeiter:innen jedoch über genaue Vorstellungen, was am Ende dieses Aushandlungsprozesses stehen soll, auch wenn sich diese Resultate nicht kontrolliert herbeiföhren ließen. BII4 beschreibt bspw., man könne schließlich nicht »in die Köpfe der Besucher« gucken und sei keine »Gesinnungsmaschine« (BII4: 39). Zugleich sollen ihm:ihr zufolge die Besucher:innen doch durchaus »auf die Spur« gesetzt werden, damit sie »keinen falschen Eindruck« gewinnen (ebd.).

Was in Museen als verkraftbarer Widerspruch erscheint, wird in NS-Gedenkstätten zum Dilemma, denn hier sind die normativen Ziele deutlich höher gesteckt. Auch gesellschaftlich gibt es genaue Vorstellungen davon, was in diesen Orten gelernt werden soll: Von einem »Nie wieder« ist die Rede, und sowohl Migrant:innen als auch Neonazis und AfD-Mitglieder sollen durch einen Gedenkstättenbesuch auf einen gesellschaftlichen Wertekonsens eingeschworen werden. So problematisch diese Gleichsetzung ist, zeigt sie doch die Absurdität der Ansprüche, die ein häufig nicht länger als zweistündiger Besuch am historischen Ort erfüllen soll. Auch viele Gedenkstättenmitarbeiter:innen grenzen sich von solchen Erwartungen ab, da Gedenkstättenbesuche keinem »gesellschaftlichen Recycling« (BII9: 21) dienen sollten und können.

Gleichzeitig geben viele Mitarbeiter:innen in Gedenkstätten selbst eine klare moralische Motivation für die Wahl ihres Berufs an. Dieser sei nicht bloß ein »Broterwerb« (BII17: 57), sondern geschehe aus einer klaren antifaschistischen Haltung heraus. Dementsprechend hoch sind auch die Ansprüche an die eigene Arbeit: Kontinuitäten und Lösungen aufzeigen, dabei politisches Bewusstsein fördern, eine kritische Haltung gegenüber Indoktrination. Der überladene und überfordernde gesellschaftliche Auftrag an die Institutionen, sie mögen eine antifaschistische Erziehung gewährleisten, wirkt fort bis ins professionelle Selbstverständnis. Dementsprechend geraten die Mitarbeiter:innen mit den zuvor skizzierten Konzeptionen historischen Lernens mitunter in Konflikt. Sie wollen die Fragen der historisch Lernenden zum Ausgangspunkt nehmen, diese zu eigenständigen Sinnbildungen anregen und sie so über selbstbestimmte Lernprozesse zur Teilhabe an Geschichtskultur befähigen – und zugleich durch die pädagogische Arbeit vor Ort den Fortbestand geschichtskultureller Strukturen und Narrationen garantieren, indem die Besucher:innen diese anerkennen und reproduzieren. So beschreibt bspw. auch BII12, besonders gut würden Formate funktionieren, bei denen die Teilnehmenden »stark involviert« seien und »Gestaltungsspielraum haben« (53), schränkt jedoch gleichzeitig ein: »Oder dass sie zumindest das Gefühl haben, dass sie diesen Gestaltungsspielraum haben, weil wir da eine Dramaturgie drübergelegt haben« (ebd.).

Die Frage, ob es darum geht, den Teilnehmenden tatsächlich Agency zuzusprechen, oder ob ihnen lediglich das Gefühl vermittelt werden soll, über diese zu verfügen, zieht sich durch das gesamte Material. Sie wird häufig in demselben Interview auf verschiedene, oft widersprüchliche Weise beantwortet. Fällt in der praktischen Arbeit die Wahl auf die erste Variante – und es wird lediglich der Eindruck von Agency erweckt –, werden bestehende Strukturen reproduziert und die Machtposition der Gestalter:innen historischer Bildungsprozesse bleibt unangetastet.

Fazit

Mitarbeiter:innen von Museen und Gedenkstätten agieren in Institutionen, die ihnen spezifische Möglichkeiten bieten, auf geschichtskulturellen Wandel – auch außerhalb der Institution – Einfluss zu nehmen. Sie arbeiten an den innerinstitutionellen Strukturen, eröffnen Diskursräume, fordern ein, dass sich die Institutionen in geschichtskulturellen Diskursen positionieren und kreieren Narrative, die durch die Wirkmacht ihrer Position in die Geschichtskultur eingespeist werden. Einen besonderen Stellen-

wert in ihrer Arbeit besitzt das historische Lernen, das es Besucher:innen ermöglicht, an geschichtskulturellen Aushandlungsprozessen teilzuhaben. Dabei werden die Rezipient:innen durch die Art geprägt, wie sie in den Programmen der Gedenkstätten und Museen an Geschichten herangeführt werden. Das Wirken der Akteur:innen reicht also von der gesellschaftlichen Makroebene bis in die Mikroebene des individuellen Geschichtsbewusstseins der Besucher:innen.

Die spezifische Position, aus der heraus Mitarbeiter:innen an Gedenkstätten und Museen agieren, ist durch die Charakteristiken der jeweiligen Institutionen geprägt. Die Akteur:innen bewegen sich innerhalb gewachsener Strukturen, die ihnen bestimmte Handlungsräume und durch die Reichweite der jeweiligen Institution eine gewisse Wirkmacht verleihen, zugleich aber ihre Handlungsoptionen auch einschränken. Hier zeigen sich deutliche Unterschiede in Bezug darauf, in welchem Maße das eigene Agieren auf einen geschichtskulturellen Wandel in der Migrationsgesellschaft ausgerichtet ist. Neben dem professionellen Selbstverständnis der Person spielt hier eine Rolle, inwiefern eine solche Ausrichtung auch vonseiten der Leitungen der Institutionen eingefordert wird. Museen und Gedenkstätten werden in vielen Interviews als »mehrheitsdeutsche« (z.B. BII14: 54) Orte charakterisiert, die durch ihren Stellenwert und ihre weitgehend unhinterfragte Legitimation zumeist selbst entscheiden können, ob Diversität und Migrationsgesellschaft in ihrem Wirken Relevanz zukommen soll und wie – auch gesellschaftspolitisch – transformatorisch sie agieren wollen.

Die von uns befragten Akteur:innen bewegen sich mit ihren Erinnerungspraktiken zwischen der Reproduktion und Transformation von geschichtskulturellen Strukturen auf institutioneller wie gesellschaftlicher Ebene. Gedenkstätten und Museen, so wird deutlich, sind in vielfacher Hinsicht in die Geschichtskultur eingebunden und wirken zugleich in diese hinein. Sie formen den Blick auf Geschichte(n) und bieten gleichzeitig einen Raum, um in Austausch zu treten und sich aktiv mit Geschichtskultur und deren Wandel auseinanderzusetzen.

3.2.4 Ausgewählte Fallbeschreibungen

Im Folgenden stellen wir drei unserer Fälle – also drei interviewte Personen – ausführlicher vor. Dabei geht es uns auch darum, zu verdeutlichen, wie sich die im vorherigen Teil des Kapitels getroffenen verallgemeinernden Aussagen beispielhaft in einzelnen Fällen zeigen – und in welcher Ambivalenz die jeweiligen Aussagen zutage treten. Ein solches Vorgehen ermöglicht zudem eine fallspezifische Betrachtung der Verbindungslinien zwischen den drei untersuchten Themenkomplexen geschichtskultureller Wandel, Migrationsgesellschaft sowie Erinnerungspraktiken und historisches Lernen.

»Wir sind hier nicht die Tagesthemen«

BII4 arbeitet in einem Museum, das im Interview aufgrund seiner Größe häufig als »Tanker« (BII4: 67) beschrieben wird. Er:sie ist seit vielen Jahren im Bereich der Sammlung und Ausstellungskonzeption beschäftigt. Im Interview hebt BII4 hervor, dass die eigenen Äußerungen subjektiv seien und lediglich Aufschluss über die eigene Perspek-

tive gäben. Besonders die persönlichen Wertvorstellungen führt BII4 (99) auf die eigene »bundesrepublikanische« Sozialisation zurück. Diese Prägung könne man zwar nicht ablegen, aber reflektieren und sich der damit verbundenen Privilegien bewusst werden: »Ich bin bundesrepublikanisch sozialisiert. Ich kann davon nicht weg. Also ich kann mir das klarmachen, wie ich so geworden bin, dass ich so bin, wie ich jetzt bin, aber ich kann davon ja nicht weg. Ich kann mich reflektieren, aber natürlich ist meine Lebenserfahrung eine komplett andere und natürlich auch eine sehr komfortable« (BII4: 99).

Migrationsgesellschaft nennt BII4 in einem Atemzug mit Globalisierung, Flüchtlingspolitik und Diversität. Damit umreißt BII4 einen Themenkomplex, der die Mitarbeiter:innen des Museums »damals [zur Zeit der Entstehung der Dauerausstellung, Anm. d. V.] wirklich nicht so bewegt« habe, »wie er uns heute bewegt« (BII4: 33). Es handele sich dabei um eine »große Welle, der wir uns irgendwie stellen müssen, wie gehen wir damit um« (BII4: 67). Hier wird deutlich, dass BII4 die Migrationsgesellschaft und damit verbunden ein steigendes Bewusstsein für Diversität als neue Phänomene wahrnimmt. Diesem Wandel müsse sich die Gesellschaft im Allgemeinen, aber auch das einzelne Museum stellen:

Grundsätzlich, glaube ich, gibt es einfach wahnsinnig viel zu tun, es gibt wahnsinnig viel zu tun, uns als Gesellschaft zu öffnen, aber auch gewisse Regeln einzufordern. Und daran, ich glaube, daran krankt es eben sehr. Wir bieten zu wenig Anhaltspunkte. Also wir fangen auch zu wenig auf und geben zu wenig Hilfestellung. Ich sage jetzt nicht Deutsch werden, aber quasi um ein Zusammenleben zu finden, was für alle akzeptabel ist eben auf der Grundlage, die wir haben. (BII4: 103)

Einerseits sei also eine Öffnung nötig, andererseits sei es aber auch notwendig, »Hilfestellung« zu geben und einen Rahmen zu setzen. Die Formulierung »Wir« verweist auf eine binäre Opposition zwischen einer imaginierten »Mehrheitsgesellschaft« und den hinzukommenden »Migrationsanderen«.

Das Museum spielt nach Ansicht von BII4 in dieser Entwicklung trotz seiner Größe und Wirkmacht eine nur marginale Rolle. Es sei bisher am Prozess dieser Öffnung kaum beteiligt. So gebe es bspw. »wahnsinnige Defizite, was Migrant:innen angeht« (BII4: 45). Es beständen zwar einzelne Formate, die es sich zur Aufgabe gemacht hätten, diese Defizite auszugleichen – solche Versuche ständen jedoch noch ganz am Anfang und erwiesen sich häufig als schwierig. Ein Format für Frauen aus einer migrantisch geprägten Gegend z.B. beschreibt BII4 als nicht geglückt: »[D]as war für die eine Weltreise und die waren total verunsichert. Und da hat man auch ganz deutlich gemerkt, das funktioniert so nicht, wir müssen uns ganz anders aufstellen, weil wir genau diese Personen überhaupt nicht erreichen oder nur schwer« (BII4: 45).

Bestrebungen, ein »Museum für alle« zu werden, weist BII4 jedoch entschieden zurück. Dieses Ziel sei nicht realistisch und deshalb nicht umsetzbar: »Ich finde [diesen Begriff] ganz schrecklich, weil das gibt es nicht. Man macht Angebote auf verschiedenen Ebenen und natürlich möchte man so viele Besucher wie möglich haben, aber das gelingt uns nicht, das weiß ich auch« (ebd.).

Generell sei das Museum keine Institution, die gesellschaftlichen Wandel vorantreibe. Veränderungen seien schnelllebig, was dem Charakter der Institution Museum

diametral entgegenstehe: »[S]o schnell kann man gar nicht gucken, da ist schon wieder irgendein Despot an der Macht und es gibt eine neue Flüchtlingskrise, in Anführungszeichen« (BII4: 67). Museen müssten sich diesen Themen langfristig zwar stellen, jedoch seien sie nicht »die Tagesthemen, die reagieren, wenn morgen was passiert« (BII4: 67). Vielmehr sei das Museum »ein Tanker und unsere Mühlen mahlen extrem langsam« (ebd.). Dieses Charakteristikum begründet sich BII4 zufolge im Wesen von Ausstellungen: Diese würden aus einem bestimmten historischen Kontext heraus konzipiert, der in die Gestaltung einfließe, seien dann aber statisch und ein Relikt aus vergangenen Zeiten, das nicht flexibel auf neue Entwicklungen reagiere. Und so sieht BII4 es als Aufgabe des Museums an, Wandel zunächst zu beobachten und anschließend zu evaluieren, welche Entwicklungen als Geschichte relevant bleiben: »Also Geschichte ist ja auch etwas, was auch sich immer erst mal, also ich kann nicht die Gegenwart musealisieren oder historisieren, ich muss ja auch erst mal gucken, was bleibt, was ist wichtig an Themen, die uns heute bewegen, sind die in zehn Jahren auch noch relevant« (BII4: 67).

Migrationsgesellschaftliche Entwicklungen schlagen sich BII4 zufolge bereits im Museum nieder: Es finde bspw. zunehmend eine Auseinandersetzung mit Kolonialgeschichte, Rassismus und Provenienz statt. Die ihm:ihr bekannten Ausstellungen dazu sieht BII4 nicht nur positiv: Häufig sei die Auseinandersetzung mit Kolonialgeschichte von »zu viel Gesinnung« (BII4: 71) geprägt.

Die Aufgabe der eigenen Institution sieht BII4 also eher darin, zeitversetzt auf Wandel zu reagieren und diesen zu musealisieren. Ein Museum und damit auch dessen Angestellte stellen demnach keine treibende Kraft im geschichtskulturellen Wandel dar, sondern befinden sich primär auf einer Beobachter:innenposition. Trotz dieser eher passiven Position verfüge das Museum jedoch über eine ausgeprägte geschichtskulturelle Wirkmacht: BII4 hebt hervor, dass die eigene Institution über eine große Reichweite verfüge, stark vernetzt sei und er:sie deshalb die eigene Arbeit »als relativ wichtig einschätzen kann«, »was einem manchmal ein bisschen Angst macht« (BII4: 25). Die Institution verfüge über viel Raum und große finanzielle Mittel (BII4: 27), woraus sich »unglaubliche Freiheiten« (BII4: 61) und Handlungsspielräume ergäben.

Auch wenn BII4 die Aufgabe des Museums v.a. im Dokumentieren und Musealisieren sieht, sollten Ausstellungen ihm:ihr zufolge nicht einfach »Erwartungen bedienen«, sondern »überraschen« (BII4: 97) und Kontroversen schaffen: »Ehrlich gesagt, ich finde nichts schlimmer, als wenn jemand über eine Ausstellung sagt: ›Sie war ganz nett.‹ Also ich finde, eine Ausstellung [gibt] immer Anregungen zum Streiten und Sich-Auseinandersetzen, weil wir ja wie gesagt keine Wahrheiten verkaufen. Und ich finde, das gehört sich auch so, dafür sind wir da« (BII4: 69): Indem sie einen Diskussionsraum schaffen, erscheinen Ausstellungen hier als Orte geschichtskultureller Aushandlungsprozesse. Dabei scheint es jedoch ein schmaler Grat zu sein, wie weit eine Ausstellung Position beziehen darf. Es sei eben nicht gewünscht, Besucher:innen »richtige« Interpretationen vorzugeben. Ziel der Ausstellungsgestaltungen und -führungen sei es, »ins Gespräch zu kommen«, wobei sowohl Besucher:innen als auch er:sie selbst »eigene Positionen immer wieder infrage [...] stellen« (BII4: 41). Es gehe nicht darum, »den Leuten irgendwie von A bis Z ein Welt- und Geschichtsbild vorzulegen, was man als wahr verkauft«. Vielmehr sei wesentlich, zu akzeptieren, dass es verschiedene Sichtweisen gebe

(ebd.). BII4s Schilderungen solcher eigenen Interaktionen mit Besucher:innen verweisen auf ein Paradox. Auf der einen Seite gehe es nicht darum, dass diese unhinterfragt durch das Museum präsentierte Perspektiven übernähmen. Dies sei auch gar nicht möglich:

Also ich weiß nicht, was die mitnehmen, wenn die rausgehen und wenn die sagen: »Oh Hitler war ja eigentlich doch ganz toll [...]«, das kann ich ja nicht verhindern. Also das, ich finde das sehr schwierig, weil ich gucke ja nicht in die Köpfe der Besucher. Wir können so quasi ja nur so gut, wie es geht, [...] durch Texte, durch Führungen, durch Begleitmaterialien die Leute auf die Spur setzen, wie sie sich mit Geschichte oder wie wir uns mit Geschichte auseinandersetzen, damit sie jetzt keinen falschen Eindruck gewinnen, aber letztendlich kann ich, ich sage jetzt mal, so einem gestandenen Neonazi, der wird auch jetzt kein Demokrat, wenn er durch unsere Dauerausstellung gegangen ist. Wir sind ja auch kein, wir sind ja keine Gesinnungsmaschine. (BII4: 39)

Auf der anderen Seite lässt die von BII4 hier gewählte Formulierung »auf die Spur setzen« darauf schließen, dass er:sie durchaus eine Einflussnahme intendiert. Hier scheint ein ähnliches Spannungsfeld auf wie jenes, das bereits in BII4s Auseinandersetzung mit dem migrationsgesellschaftlichen Wandel sichtbar wurde: Zum einen gehe es darum, die Besucher:innen ernst zu nehmen, ihnen Anknüpfungspunkte zu bieten und somit offen für ihre Positionen zu sein. Zum anderen müsse es einen festen Rahmen für diese Auseinandersetzung geben, sei es eine »Hilfestellung« (BII4: 103) oder ein »auf die Spur setzen«, damit kein »falscher Eindruck« entstehe (BII4: 39). Historisches Lernen erscheint hier als eine Einführung in die Geschichtskultur, soll aber zugleich eigene Denkprozesse initiieren und damit ein Weiterdenken ermöglichen.

»Der Ort steht an erster Stelle«

BII8 arbeitet in einer Gedenkstätte in der Abteilung Gedenkstättenpädagogik und beschreibt, bereits durch ein von der 68er-Bewegung geprägtes Elternhaus ein Interesse an NS-Geschichte entwickelt zu haben. Den eigenen Bildungsweg und beruflichen Werdegang, der zur heutigen Tätigkeit führte, charakterisiert BII8 (3) als »chaotisch« und von Zufällen geprägt. So sei er:sie nach einer »sehr langen, sehr zerquälten« Zeit mit vielen Bewerbungen in der Gedenkstättenpädagogik »gelandet« und »hängen geblieben« (BII8: 5). Die Arbeit im Feld der Gedenkstättenpädagogik schätzt BII8 als sehr prekär ein: Es gebe wenige, nicht sonderlich gut bezahlte Stellen, man sei viel mit der Einwerbung von Drittmitteln beschäftigt und auch der Stellenwert der pädagogischen Abteilung in der Gedenkstätte sei gering. Weiterhin gebe es häufig Schwierigkeiten bezüglich der Vernetzung zwischen den Abteilungen, »obwohl sich das ja sehr oft anbietet, und wenn wir das hinkriegen, uns da zu vernetzen, ich glaube, dass das auch alle als Gewinn oder halt als befriedigend wahrnehmen« (BII8: 11).

Als starken Widerspruch zu dieser prekären Aufstellung nimmt BII8 die Anforderungen wahr, die durch gesellschaftliche Diskurse an Gedenkstätten herangetragen werden:

Auf so einer gesamtgesellschaftlichen Ebene sehe ich als ganz große Belastung auch so für mich persönlich, dass die Bedeutung der KZ-Gedenkstätten politisch immer wieder abqualifiziert wird und angegriffen wird – und zeitgleich die KZ-Gedenkstätten mit so Bedeutungen überlastet werden. Alle Geflüchteten müssen mal in die KZs, weil dann wird ihnen der Antisemitismus ausgetrieben. Ja und jedes AfD-Mitglied, eigentlich dürfen die auf keinen Fall kommen oder nein, eigentlich sollten sie ja doch kommen, weil dann lernen sie ja die richtige Einstellung, und das macht mich echt fertig, das ist so, als wäre es so immer noch das Allheilmittel. Wo ich denke: Was soll das? (BII8: 33)

Angesichts der Infragestellung der Relevanz von Gedenkstätten ist BII8 sich nicht sicher, ob »in 50, 100 Jahren diese Verbrechen noch als erinnerungswürdig eingestuft werden, wie das war, als ich aufgewachsen bin«, da bestimmte politische Prämissen zum Umgang mit dieser Vergangenheit »ausgehebelt wurden« (BII8: 13). In starkem Kontrast zu dieser Herabsetzung des Stellenwerts von Gedenkstätten stehe die Annahme, dass Gedenkstättenbesuche eine Lösung oder ein »Allheilmittel« gegen gesellschaftliche Probleme wie Antisemitismus und das Erstarken rechter Positionen seien. Solche Maßnahmen charakterisiert BII8 als absurd und widersprüchlich, wenn etwa zur gleichen Zeit gefordert wird, AfD-Mitglieder sollten von Gedenkstättenbesuchen ausgeschlossen werden, müssten zugleich aber auch Gedenkstätten aufsuchen, um ihre politischen Ansichten zu revidieren.

Die Formulierungen, die BII8 wählt, um diese geschichtskulturellen Veränderungen zu beschreiben, verweisen darauf, dass er:sie Wandel als massiv und übermächtig wahrnimmt: NS-Verbrechen werden »als erinnerungswürdig eingestuft«, Selbstverständlichkeiten »ausgehebelt« (BII8: 13), Gedenkstätten »abqualifiziert« und »mit Bedeutung überlastet« (BII8: 33). An anderer Stelle ist die Rede davon, dass der eigenen Arbeit viel Bedeutung »aufgezwängt oder angedichtet« werde (BII8: 11). Die eigene Handlungsfähigkeit scheint angesichts dieser übermächtigen Entwicklungen, Erwartungen und Zuschreibungen zunächst begrenzt.

Dennoch bezieht BII8 dagegen Stellung und konstatiert, sich gegen solche Erwartungen zu wehren (ebd.). Auch darüber hinaus stellen BII8s Schilderungen im Interview den Versuch dar, sich von solchen Zuschreibungen und Ansprüchen aktiv abzugrenzen, indem er:sie eine Eingrenzung des eigenen Tätigkeitsbereichs sowie die Formulierung eigener Ziele und eines pädagogischen Selbstverständnisses vornimmt. In der Beschreibung ihrer:seiner Tätigkeit zeigt sich, dass BII8 die pädagogische Interaktion vor Ort als Prozess wahrnimmt, bei dem die Schüler:innen sich eigenständig mit den ihnen präsentierten Narrativen auseinandersetzen, diese kritisch hinterfragen und selbst Geschichte(n) erzählen. »Relativ zufrieden«, beschreibt BII8, »[bin ich,] wenn ich sehe, dass da bei Einzelnen in kleinen Gruppen oder in der Gesamtgruppe manchmal sogar, eine Auseinandersetzung mit der Geschichte des Ortes passiert ist, wo Baurelikte verknüpft werden mit Geschichte und tiefergehend mit Objekten, Zeichnungen, Biografien und so weiter« (BII8: 29).

Indem BII8 mit der eigenen Arbeit einen Raum schafft, mit dem er:sie sich von gesellschaftlichen Ansprüchen abgrenzt und in dem eine selbstbestimmte Auseinandersetzung mit der Geschichte des Ortes möglich wird, versucht er:sie Schüler:innen zur Teilhabe an Geschichtskultur und zu eigensinnigen Prozessen historischen Lernens

zu befähigen. Die eigene Handlungsfähigkeit im Angesicht eines als übermächtig erlebten geschichtskulturellen Wandels besteht also darin, Räume zu schaffen, in denen andere ihre geschichtskulturelle Agency ausbauen können.

Um eine eigenständige Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu gewährleisten, sei es notwendig, den Konstruktionscharakter von Geschichte offenzulegen, indem bestehende Erzählungen hinterfragt und kontextualisiert werden (BII8: 21). Zu diesem Zweck legt BII8 in pädagogischen Formaten auch die eigene Herangehensweise und Motivation offen und geht transparent mit der von ihm:ihr konstruierten Erzählung um. BII8 erwähnt bspw., bei der Thematisierung von Sterben »Scheu« (BII8: 21) zu verspüren, und betont, das eigene Empfinden in Bezug auf Regeln oder Verhaltensweisen in der Gedenkstätte sei lediglich die eigene Position und dass Grenzen stetig neu ausgehandelt werden müssten (BII8: 23). Im Interview benennt BII8 eine solche Transparenz als Bedingung dafür, dass die Schüler:innen selbst die gesellschaftliche Bedeutung des Ortes herstellen:

Und wenn ich mit einer Gruppe da irgendwann hinkomme, so sind das für mich sehr befriedigende und sehr spannende Momente, weil dann mein hehres, so idealistisches pädagogisches Ziel ist, die Gruppe kann auf den Weg gehen, sich eine eigene Erzählung zu konstruieren, um den Ort zu aktualisieren. Und vielleicht sogar in der Gegenwart dahinzukommen zu entscheiden, wie sie [mit] diesem Ort in der Zukunft gehen wollen, gedenken wollen. Und diese gesellschaftliche Bedeutung, nach der du gefragt hast, selber wiederherstellen. Weil ich das auch unbefriedigend finde, dass wir das machen. Ich meine, die anderen sind durchgehend älter als ich, die haben irgendwie Gedenkstätten mitgeprägt [...], ich aber auch dringend möchte, dass sich das auch verändert und in eine neue Phase übergeht. (BII8: 21)

Hier zeigt sich, dass BII8 historisches Lernen keinesfalls als Übernahme bestehender Narrationen, sondern als Befähigung zur Auseinandersetzung mit diesen konzipiert. Pädagogische Veranstaltungen in Gedenkstätten haben demnach einen demokratischen und partizipativen Charakter, was sich auch in der Beschreibung der eigenen Tätigkeit als »Gruppenbegleitung« (BII8: 19) oder in Formulierungen wie »mit der Gruppe dahinkommen, etwas zu sehen« (BII8: 21) zeigt.

Wenn BII8 Ziele der eigenen Arbeit formuliert, konzentriert er:sie sich dabei ausschließlich auf die pädagogische Interaktion vor Ort: Er:Sie versuche, einen Aushandlungsraum zu gestalten, der von überhöhten Ansprüchen und normativen Ausrichtungen frei bleibe, da diese einer Instrumentalisierung der Pädagogik, aber auch des Ortes selbst und seiner Geschichte gleichkämen. So gebe es bspw. gerade vonseiten der Lehrkräfte ein großes Bedürfnis, an die Gegenwart anzuknüpfen und Vergleiche zwischen dem Nationalsozialismus und gegenwärtigen politischen Entwicklungen anzustellen. Zwar erkennt BII8 dieses »Gegenwartsbedürfnis« an, sieht aber die Gefahr einer Pauschalisierung und Verallgemeinerung, bei der die »Verpflichtung gegenüber den Überlebenden und den Toten, [...] ihre Geschichte zu erzählen«, nach hinten gedrängt werde (BII8: 37). Aus diesem Grund vermeidet BII8 in der eigenen Arbeit Gegenwartsbezüge. Diese herzustellen und damit im öffentlichen Diskurs über die Bedeutung von Gedenkstätten und den Nationalsozialismus in der Gegenwart Stellung zu beziehen, sieht er:sie als Aufgabe der Leitungen an:

Wo ich aber einen interessanten Punkt sehe, auch wenn ich gerade selber gesagt habe, ich will nicht Gegenwarts-Statements machen, dann sind wir wieder bei dem ganzen antifaschistischen Widerstandskämpfen, blablabla, DDR ganz schnell drin. Dass ich aber durchaus interessant finde, dass zum Beispiel die US-amerikanischen Erinnerungsorte immer wieder Gegenwartereignisse kommentieren. Und sagen: »Das Massaker in der Synagoge: antisemitisch, kommt zu uns, lernt darüber.« Und ich auch da einen Shift sehe, [...] und dass diese Aufgabe an die KZ-Gedenkstätten explizit herangetragen wird. Und ich habe den Eindruck, diese Orte müssen sich jetzt gegenwarts-politisch laut positionieren. Obwohl es viele Gründe gibt, warum – ich will nicht sagen wir, aber – viele das vielleicht nicht wollen oder nicht gewollt haben. Ich sehe das aber als was, was an die Orte mehr herangetragen wird [...]. Ich würde das gut finden, wenn die Leitungen dieser Orte solche Statements machen. Ich will nicht hier stehen und einer achten Klasse [aus der Region] erzählen: »Jetzt passt aber auf, die bösen Nazis!« und so. Ich würde es aber durchaus spannend finden, wenn die Leitungen von Stiftungen, die solche Orte betreuen, feste Positionen haben und sich gegen [so]was politisch äußern. Und das ist, glaube ich, noch relativ neu. (BII8: 41)

Gedenkstätten können und sollten laut BII8 also durchaus als wirkmächtige geschichtskulturelle Akteur:innen fungieren, indem sie sich politisch positionieren; dies sei jedoch Aufgabe der Leitungen und nicht der pädagogischen Mitarbeiter:innen. Trotz einer starken normativen Verpflichtung, die BII8 gegenüber dem Ort, den Ermordeten und ehemaligen Inhaftierten des Konzentrationslagers empfindet – oder aber auch gerade deswegen –, versucht BII8 die Aushandlungsprozesse in der pädagogischen Arbeit vor Ort so offen wie möglich zu gestalten, damit der Ort »aktualisiert« werde.

Dabei ist BII8 zwar sensibel für verschiedene Differenzkategorien und die »Pluralität der Erfahrungen« (BII8: 13) in Geschichte und Gegenwart, möchte jedoch »ganz offenhalten«, an wen er:sie sich mit der eigenen Arbeit richte, bzw. richte er:sie sich an »jede Person, jede Gruppe, die sich hier anmeldet und um eine Betreuung bittet. Wer die sind, ist mir ziemlich egal« (BII8: 27). Er:Sie hebt allerdings hervor, dass sich die Ansätze der Gedenkstätte besonders für Schüler:innen eignen, die nicht so »text-affin« und »lesekompetent« sind (ebd.). Zudem betont BII8, dass Menschen mit sehr unterschiedlichen Biografien und Erfahrungen ihre jeweiligen Anknüpfungspunkte in der Gedenkstätte fänden:

Ich habe bei Personen, die entweder eigene Fluchtgeschichten haben oder halt [...] so was, was ich immer als Migrationsstatus zumindest wahrnehmen würde, immer wieder gesehen, dass es eine große emotionale Nähe zu den Häftlingen gibt. Und auch so ein persönliches Entsetzen über Geschichten, wo sie Verbindung sehen zu ihren eigenen. Ob das während der Verfolgung ist oder oft auch in der Zeit danach. Wo ja viele Leute auch viele Fluchten hatten. (BII8: 75)

BII8 selbst sieht es als Stärke an, diese Nähe nicht zu fühlen, er könne allerdings aus seiner:ihre Position heraus nachvollziehen, warum Personen Aufseher:innen geworden oder zur SS gegangen sind, was vielleicht das »unangenehmere Nachvollziehen sein könnte« (BII8: 75). Um der Vielfalt möglicher Annäherungen und Erfahrungen eine Vielfalt an Narrativen entgegenzustellen, ist es BII8 ein Anliegen, in der Gedenkstät-

te marginalisierte Narrative über Opfergruppen, die geschichtskulturell kaum präsent sind, wie bspw. als »asozial« Verfolgte (BII8: 69) oder die Erfahrungen von inhaftierten Frauen (BII8: 13), sichtbar zu machen. Dabei sei es nicht nur wichtig, in Führungen deren Erfahrungen einzubeziehen, sondern auch, dass diese in den Ausstellungen selbst durch Exponate sichtbar würden, damit in der pädagogischen Arbeit darauf zurückgegriffen werden kann: »Solche Erzählungen explizit zu haben, die ich nicht selber generieren muss und so herleiten muss« (BII8: 69). Ein solcher Prozess der Einbeziehung weiterer Perspektiven sei gegenwärtig an der Gedenkstätte im Gange; es sei »wahnsinnig anstrengend«, aber auch »aufregend«, neue Erzählungen zu generieren (BII8: 67).

»Ein Tropfen auf den heißen Stein«

Der:die Befragte BII11 arbeitet zum Zeitpunkt des Interviews in einer Gedenkstätte im Outreach-Bereich. Durch seine:ihre Familie verfügt BII11 über einen sehr politischen Blick auf Geschichte: So berichtet er:sie, in dem Bewusstsein aufgewachsen zu sein, dass in der Geschichtsschreibung bestimmte Perspektiven fehlten. Als eine Motivation für die Auseinandersetzung mit Geschichte beschreibt BII11 auch die Beschäftigung mit der eigenen Familiengeschichte und der Zugehörigkeit zu einer Gruppe, die im Nationalsozialismus verfolgt wurde und weiterhin Diskriminierung erfährt. Jedoch sei er:sie froh, nun in einer Gedenkstätte tätig zu sein und sich nicht auch noch beruflich ausschließlich mit der »eigenen Geschichte« auseinanderzusetzen: »Und jetzt muss ich ehrlich sagen, bin ich wieder raus aus [der Geschichte einer marginalisierten Gruppe], weil das einfach sehr intensiv, sehr persönlich ist und ich ganz froh bin, nicht nur die eigene Geschichte zu machen sozusagen, und bin jetzt ganz froh, auf dieser Stelle gelandet zu sein« (BII11: 3).

Als Outreach-Mitarbeiter:in sieht BII11 es als Auftrag an, »Leute an die Stiftung heranzubringen, die bisher noch nicht hier waren«, was ihm:ihr die Möglichkeit biete, »über verschiedene Diskriminierungserfahrungen übergreifend arbeiten zu können« (BII11: 7). Primär werde er:sie dabei als »eine Schnittstelle nach außen zum Unbekannten, zu einer unbekannten Community« wahrgenommen (BII11: 11). In der Definition des eigenen Aufgabenbereichs richtet BII11 den Blick jedoch eher nach innen auf die eigene Institution:

Also ich glaube, ich habe die Stelle wie gesagt erstmal bekommen, weil es darum ging, dass bestimmte Leute hier fehlen. [...] Und ich glaube, die erste Vorstellung von einem war, ich bring dann einfach Leute her und dann sind die da und dann passiert das schon. Aber dazu gehört ja noch ein anderer Prozess, nämlich sich auch selber zu öffnen, ne? [...] Also ich habe immer wieder Aushandlungsgespräche darüber, ob das jetzt wirklich meine Aufgabe ist, hier intern irgendwie Inhalte nochmal zu streuen, aber ich denke schon, dass das meine Aufgabe ist. Wenn man nachhaltig [...] Diversifizierung oder wie auch immer man das nennen möchte oder Rassismuskritik oder Diskriminierungskritik [...] in den Raum bringen will, dann muss das halt von allen getragen werden. (BII11: 11)

Grundlage dafür, dass die Outreach-Bestrebungen der Institution gelingen, sei demnach nicht nur, »aktiver einzuladen« (BII11: 19), sondern v.a. auch die Institution von

innen heraus zu verändern und nachhaltig ein Bewusstsein für Diversität und Diskriminierung zu verankern. Und so versucht BII11 durch Newsletter, interne Workshops und externe Beratungsgremien sichtbar zu machen, welche Perspektiven in der Gedenkstätte nicht berücksichtigt werden und welche Barrieren einer inklusiven Gedenkstättenarbeit im Wege stehen. Gegenwärtig finde diesbezüglich ein Wandel statt, jedoch stehe der Prozess noch »ganz am Anfang«: »Also ich glaube, bis wir wirklich sagen können, dass bestimmte Stimmen hier gehört werden, müssen wir noch ganz viel an uns selbst arbeiten und auch noch mehr aktiver einladen« (ebd.).

Allgemein sei es in der Gedenkstättenlandschaft so, »dass bestimmte Gruppen einfach ganz klar nicht den Raum kriegen, um sich zu präsentieren, und nicht besprochen werden« (BII11: 13). Zwar gebe es selbstorganisierte Initiativen, wo Akteur:innen »sich mit wenig Geld und wenig Möglichkeiten« ehrenamtlich engagierten und die oft unter »Projektitis« litten. Aber »es gibt nicht so wirklich eine Struktur, also es gibt ja keine vergleichbare Gedenkstätte zu Kolonialismus oder eine Gedenkstätte zu Romani-Geschichte« (ebd.). Es sei sehr auffällig, dass es zwar Selbstorganisation und viele Initiativen gebe, »die ganz viel Inhalte und wichtige Positionen haben«, diesen würde jedoch »keine Plattform« gegeben (ebd.).

Diese geschichtskulturellen Strukturen werden in BII11s Augen der gesellschaftlichen Realität nicht gerecht. Es herrsche ein »Weltbild, das davon ausgeht, dass es eine einzige Erzählung gibt und dass das die einzige wahre Geschichte ist und dass auch so eine sehr homogene Gruppe von Deutschen« existiere. Dabei bestehe Gesellschaft immer aus vielen Gemeinschaften und jede Person habe »verschiedene Identitäten« und gehöre zu verschiedenen Gemeinschaften (BII11: 57). BII11 entwirft also Identität als fluide und vielfältig und lehnt bestehende Zuschreibungen als unzureichend ab. Er:Sie stellt das eigene professionelle Wirken in den Dienst einer gesellschaftlichen Utopie, in der vielfältige Perspektiven gehört werden, marginalisierte Akteur:innen ihre Positionen sichtbar machen können und Identitäten als flexible wie plurale Konstrukte gedacht werden. Geschichtskulturelle Strukturen, wie sie sich gegenwärtig gestalten, sieht BII11 dabei als Hürde, die es zu überwinden gelte. In der Definition des eigenen Aufgabenbereichs nimmt BII11 damit eigenständig eine Erweiterung vor. Er:Sie nutzt die Stelle im Outreach, um eine gesamtgesellschaftliche Veränderung geschichtskultureller Strukturen zu erwirken, wobei der Fokus sich zunächst auf die eigene Institution richtet. Diese sei noch lange nicht so weit, dass Diversität – auch nur auf Ebene historischer Erzählungen – berücksichtigt werde:

Also, das ist aber fast noch eine Außenwahrnehmung, weil so lange bin ich jetzt auch noch nicht hier, aber bisher ist es die weiße Mittelklasse, die hier sprechen kann, die hier den Raum kriegt. Historiker eben, ausgebildete. Es gibt so bisschen Versuche der Öffnung z.B. in [Name der Ausstellung], habe ich das Gefühl, da gab es so den Wunsch, auch mal Leute zu hören, aber halt nicht als Schaffende, ne? Die marginalisierten Perspektiven verharren noch so maximal auf der Ebene von Quellen. So und da müssen wir aber auch erstmal hinkommen, also wir müssen also erstmal marginalisierte Perspektiven auf die Quellenebenen bringen, damit wir die überhaupt dann in den Ausstellungen haben können. (BII11: 17)

Ebendiese Defizite müssten jedoch von allen Mitarbeiter:innen der Institution erkannt und behoben werden. Da in BII11s Worten »Diversifizierung keine Standardausbildung für jegliche Intellektuelle ist« (BII11: 39), fehle vielen Mitarbeiter:innen ein Grundwissen zum Thema. So existiere auch eine große Vorsicht vor einer Auseinandersetzung mit Rassismus und Diskriminierung, »was sicherlich sinnvoll ist, wenn man sich auf den Erhalt der [Name der Institution] fokussiert, was [aber] nicht so sinnvoll ist, wenn man politisch was reißen will« (BII11: 41). Damit kritisiert BII11 ein Merkmal von Institutionen, das auch in anderen Interviews anklingt: Das Ziel des eigenen Wirkens ist für Mitarbeiter:innen der Einrichtungen häufig der Erhalt derselben. Eine Berücksichtigung von geschichtskulturellem Wandel oder gar ein Vorantreiben von Veränderungen dient häufig bloß der Sicherung der eigenen Arbeitsgrundlage sowie des Arbeitsplatzes.

BII11 schildert, v.a. auf der Leitungsebene Widerständen zu begegnen, da es kein Bewusstsein dafür gebe, welche Ressourcen für eine nachhaltige Sensibilisierung nötig wären:

Aber in der Leitungsebene gibt es so eine Resistenz, einfach auch weil ihnen vielleicht nicht bewusst ist, wie allumfassend die Thematik ist und wie tief sie greift, wie viel Raum und Zeit sie auch braucht. Also es ist regelmäßig ein Zeit- und Raumthema. Wie wir jetzt diesen Outreach-Workshop gemacht haben, [hatten] wir drei Stunden für. Den hätte ich auch lieber in drei Tagen gemacht. Aber das könnte ich auch total vergessen [...], also weil alle auch zu viel zu tun hatten mit dem Basisgeschäft. Und man halt eine Priorität setzen muss und sagen muss: Okay, dann ist jetzt nicht das eine Priorität, 1000 Veranstaltungen zu machen, sondern es ist eher eine Priorität, sich in sich zu kehren und nachzudenken. Und dafür muss halt regelmäßig Raum geschaffen werden. Das ist so ein bisschen, wo ich so intern immer wieder an Grenzen stoße. (BII11: 39)

Während er:sie in diesen Bestrebungen »von oben gebremst« (BII11: 39) werde, nimmt BII11 zugleich gegenwärtig einen gesellschaftlichen Druck auf die Institution wahr, »auch mal in Richtung Diversifizierung zu denken« (ebd.). Dieser komme der eigenen Arbeit zugute und führe zu mehr Aufgeschlossenheit der Mitarbeiter:innen für neue Auseinandersetzungen. Die eigene Vorgehensweise beschreibt BII11 dabei als »strategisch« (BII11: 41):

Ja, also ich komme jetzt auch nicht mit meinem politischen Selbstorganisationsanspruch, [...] zu einem gewissen Grad [ja], aber ich weiß auch, dass der seine Grenzen hat, ne? Also ich weiß, dass ich bestimmte Sachen – wir werden jetzt nicht nächste Woche eine Veröffentlichung machen zu Bleiberecht und warum das wichtig ist, auch für Geflüchtete heute oder so, was wir durchaus inhaltlich machen könnten und ich auch total wichtig und richtig fände. Aber das ist jetzt eben leider nicht der Fokus und ich glaube, das macht auch Sinn, das erstmal später zu machen, wenn wir eine andere Stiftung sind. [...] Ich will jetzt auch nicht die Chancen, die da sind, verlieren, weil ich bestimmte Themen wichtig finde sozusagen. (Ebd.: 45)

Hier reflektiert BII11 die Konsequenzen der Entscheidung, sich in institutionelle Strukturen zu begeben. Im Vergleich zu seinen:ihren Erfahrungen in der Selbstorganisation bietet der institutionelle Rahmen neue Handlungsoptionen. Einer etablierten Institu-

tion ständen bspw. andere finanzielle Mittel zur Verfügung. Zudem verfüge diese über die Macht, bestimmten Positionen eine Plattform zu geben und damit Gehör zu verschaffen.

Gleichzeitig werden BII11s Handlungsspielräume durch institutionelle Logiken, Abläufe und Strukturen begrenzt. Er/Sie verfolgt ambitionierte Ziele, sieht jedoch auch, dass deren sofortige Umsetzung innerhalb der starren institutionellen Strukturen nicht möglich ist. Um die Handlungsmacht der Institution zugunsten der eigenen Ziele zu nutzen, geht BII11 Schritt für Schritt vor. Dabei wird auch die eigene Positionierung strategisch eingesetzt:

Also ich habe keinen Migrationshintergrund, das sehe ich nicht so. Ich weiß aber, wie die Bundesregierung das definiert, und finde es auch manchmal wichtig, das zu benutzen. Also wenn wir jetzt einen Antrag stellen und die reden von Migrationshintergrund, dann habe ich kein Problem damit, auch einen Migrationshintergrund zu haben. Wenn es heißt, dass bestimmte Leute von dem Geld profitieren. (BII11: 85)

Die Zugehörigkeit zu einer »Community« (BII11: 83) stellt für BII11 ein wichtiges Netzwerk dar. Zudem verschaffe seine/ihre Anstellung an der Gedenkstätte der Institution ein gewisses Vertrauen bei vielen Akteur:innen, die mit der Outreach-Arbeit erreicht werden sollen (ebd.). BII11 unternimmt also den Versuch, die eigene gesellschaftliche Positionierung gezielt einzusetzen. Zugleich sei es ihm/ihr jedoch wichtig, insb. innerhalb der Institution nicht auf diese reduziert zu werden:

So nach innen hat es so ein bisschen was damit zu tun, dass ich sehr darauf achte, meine Arbeit von meiner Identität zu trennen. Also ich hab wenig Lust darauf, am Ende die Diskriminierungskritik zu machen, nur weil ich selbst von Diskriminierung betroffen bin. Also, [...] das ist meine interne Motivation, aber das ist nicht, wie ich wahrgenommen werden möchte, ich möchte gerne mit meiner Kompetenz wahrgenommen werden. [...] Was immer so ein bisschen Spagat auch ist. (BII11: 83)

Hier verweist BII11 auf Widersprüche, die sich ergeben, wenn man innerhalb gesellschaftlicher Machtstrukturen darauf hinwirkt, selbige zu verändern. Die eigenen Diskriminierungserfahrungen sind zwar von Bedeutung für das politische Wirken; zugleich sollen die Zuschreibungen, auf denen diese Erfahrungen beruhen, überwunden und keinesfalls reproduziert werden.

Insgesamt sind die Ausführungen durchaus von Optimismus in Bezug auf die Realisierbarkeit der eigenen Zielsetzungen geprägt. Zugleich nimmt BII11 Einschränkungen in der Einschätzung der eigenen Agency vor:

Man muss mit Utopien anfangen, um die Realitäten zu ändern, das ist realisierbar, das ist alles nicht so kompliziert, ja? Also das kann man alles machen, das meiste davon kostet noch nicht mal Geld, das ist nur eine Frage von Fokus. Ja, aber das ist halt eine Frage von Wille und Zeit und Wunsch. Und keine Ahnung, wie die Gedenkstättenlandschaft aussieht, wenn ich in Rente gehe. Dann ist bestimmt nochmal was passiert. Kommt auch drauf an, wen wir in der nächsten Bundestagswahl wählen. (BII11: 81)

In Bezug auf die geschichtskulturellen und gesellschaftlichen Auswirkungen, die Veränderungen in der Institution bewirken können, äußert sich BII11 skeptisch.

Aber selbst, also selbst wenn diese Stelle total erfolgreich ist und so weiter, ne? Und wir in zehn Jahren ein super diverses Museum sind, in dem diverse Inhalte repräsentiert werden, ist es noch immer ein Tropfen auf den heißen Stein. Also ich glaube, dann sind wir jetzt noch nicht so weit, dass wir sagen können, hier, Diskriminierung gibt es nicht mehr. Also ich glaube, deswegen bin ich ein bisschen vorsichtig mit gesellschaftlichem Einfluss. Klar, man macht halt, was man macht, [...] man merkt auch, dass das so eine politische Agenda-Setzung ganz wichtig ist. Also dass es Outreach-Stellen überhaupt gibt, hat ja was damit zu tun, dass [die Landesregierung] erkannt hat, dass bestimmte Leute Kulturangebote nicht nutzen. Ne? Und wenn das halt nicht passiert, dann gibt es bestimmte Möglichkeiten der Arbeit auch wieder nicht und dann ist die Frage, wer wird das nächste Mal gewählt, und dann ist das so. (BII11: 13)

In beiden Zitaten wird deutlich, dass BII11 den Erfolg seiner/ihrer Bestrebungen auch von externen Faktoren abhängig macht. Politische Entwicklungen und Wahlergebnisse bestimmen, inwiefern die eigene Arbeit als relevant anerkannt wird und ob weiterhin Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden. Und so kann BII11 zwar als aktive:r Gestalter:in von Wandel charakterisiert werden, bezeichnet die eigene Wirkmacht jedoch gleichzeitig als »Tropfen auf den heißen Stein«.

Fazit

Was zeigt die Auswertung der von uns geführten Interviews in einer Zusammenschau? Deutlich wurde, dass bereits durch den doppelten Auftrag von Museen und Gedenkstätten – sowohl bestimmte (meist hegemoniale) Narrative zu repräsentieren als auch konkrete pädagogische Vermittlungsarbeit zu leisten – Widersprüche quasi schon in der DNA dieser geschichtskulturellen Institutionen angelegt sind. Migrationsgesellschaft als heuristische Sehhilfe und als Analyseinstrument fördert diese Widersprüche zutage, legt dabei einen Fokus auf eine mögliche Pluralisierung von Erzählungen und zeigt die Machtstrukturen, die in den Institutionen ebenso wie in der Gesellschaft zu finden sind. Kontrovers werden dabei meist die Fragen diskutiert, wie weit *Conflicting Memories* reichen dürfen, in welchem Umfang *Shared Memories* (überhaupt noch) benötigt werden und ob *Divided Memories* generell problemhaft sind. Diese Fragen beziehen sich im Kern auf die Inhalte historischer Sinnbildungen in der Migrationsgesellschaft. Indem sie gestellt werden, bringen die Akteur:innen in Museen und Gedenkstätten im Prinzip ihre eigene Bereitschaft zum Wandel zum Ausdruck; dadurch geraten sie potenziell in Konflikt mit den Institutionen, die meist über starre, auf Dauer angelegte Strukturen verfügen. In diesem nur begrenzt offenen Handlungsraum sondieren die Akteur:innen ihre Möglichkeiten und handeln entsprechend, positionieren sich also – als Akteur:innen mit *Agency* – im geschichtskulturellen Wandel. Insgesamt weisen sich die interviewten Expert:innen aufgrund des Stellenwerts, der Museen und Gedenkstätten gesellschaftlich beigemessen wird, eine durchaus ausgeprägte Handlungsmacht zu. Diese zeigt sich aber eher reaktiv und nicht als eine aktive Interventionskompetenz in Bezug auf geschichtskulturellen Wandel.

Die Befragten selbst beschreiben Grenzen der eigenen *Agency* im Bereich ihrer konkreten Vermittlungstätigkeit: Historisch Lernende als Akteur:innen ernst zu nehmen,

bedeutet, dass Vermittlung nicht unbedingt in der intendierten Weise funktioniert, denn Agency muss im Zuge der postulierten Subjektorientierung an die Lernenden abgegeben werden. Das schränkt die eigene Handlungsmacht in Bezug auf Einflussnahme auf Ergebnisse der Lernprozesse ein, wie auch eindrücklich in folgendem Zitat des:der Interviewten BII9 deutlich wird:

[A]ber dass wir auch noch eine zweite Subjektorientierung starkmachen, das ist die auf die Objekte im Bildungsprozess. Und das heißt, beispielsweise die Teilnehmenden, ob das nun die Jugendlichen sind oder junge Erwachsene oder Erwachsene, dann auch die mitreisenden Lehrkräfte und ganz deutlich auch uns als Subjekte wahrzunehmen. Und dann auch zu wissen, dass diese Auseinandersetzung mit dieser Geschichte eigentlich ein dauernder Aushandlungsprozess ist und dass wir nach Formen suchen, dass Jugendliche beispielsweise auch die Chance bekommen, tatsächlich als Akteure an Erinnerungskultur zu partizipieren. (BII9: 11)

Es zeigt sich auch, dass unsere Interviews den Befragten einen Raum für Selbstreflexion eröffnen, sie motivieren, allgemeiner über das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Geschichtskultur nachzudenken und ihre Ziele in diesem Kontext zu konkretisieren. Dabei werden immer wieder Bezüge zu gesellschaftlichen Strukturen, zu aktuellen (kultur-)politischen Debatten und Kontroversen hergestellt. So spiegeln sich in der Auseinandersetzung der Akteur:innen mit geschichtskulturellem Wandel die Diskurse um ein (verändertes) gesellschaftliches Selbstverständnis, dessen Aushandlung, wie folgendes Zitat beschreibt, in vollem Gange ist:

Na ja, also dass Geschichte über einen Verhandlungsprozess ständig neu und anders entsteht, glaube ich, das ist so. [...] Und das finde ich auch wichtig, das transparent zu machen. [...] Wenn wir unsere derzeitige Situation uns angucken und welche Geschichten erzählt werden in der Geschichtsvermittlung und welche nicht erzählt werden oder gar nicht erzählt werden können, weil wir über bestimmte Personen oder Personengruppen nicht ausreichend was wissen, und wir aber feststellen, dass es dadurch auch Auseinandersetzungen drum gibt und Forderungen, dass bestimmte Perspektiven mitberücksichtigt werden sollen, ist es im Zweifel ja was, was total produktiv ist erstmal. Und auch total eng verknüpft einfach mit heutigen gesellschaftlichen Fragen. Und das tatsächlich auch offenzulegen und miteinander zu verbinden, das finde ich eigentlich wichtig. Also dass man nicht so tut, als wäre irgendwie Geschichte was Neutrales, das einfach da ist. Sondern tatsächlich in der Vermittlungsarbeit verdeutlicht, dass Geschichte was Gemachtes ist. Also dass Erinnerung was Gemachtes ist und ganz eng verbunden ist mit gesellschaftlichen Fragen. (BII15: 39)

Literatur

- Baur, Joachim (Hg.) (2015): Museumsanalyse. Methoden und Konturen eines neuen Forschungsfeldes, Bielefeld: transcript.
- Beier, Rosemarie (2000): Geschichtskultur in der zweiten Moderne, Frankfurt a.M.: Campus.

- Bergmann, Klaus (2000): Multiperspektivität. Geschichte selber denken, Schwalbach im Ts.: Wochenschau.
- Boger, Mai-Anh (2015): »Theorie der trilemmatischen Inklusion«, in: Irmtraud Schnell (Hg.), Herausforderung Inklusion – Theoriebildung und Praxis, Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt, S. 51-62.
- Brauer, Juliane (2013): »Empathie und historische Alteritätserfahrungen«, in: Juliane Brauer/Martin Lücke (Hg.), Emotionen, Geschichte und historisches Lernen. Geschichtsdidaktische und geschichtskulturelle Perspektiven, Göttingen: V&R unipress, S. 75-92.
- Kretschmann, Vasco (2017): Breslau museal. Deutsche und polnische Geschichtsausstellungen, Köln/Weimar/Wien: Böhlau.
- Lücke, Martin (2016): »Auf der Suche nach einer inklusiven Erinnerungskultur«, in: Bettina Alavi/Martin Lücke (Hg.), Geschichtsunterricht ohne Verlierer!? Inklusion als Herausforderung für die Geschichtsdidaktik, Schwalbach im Ts.: Wochenschau, S. 58-67.
- Macgilchrist, Felicitas/Christophe, Barbara/Binnenkade, Alexandra (2015): »Introduction. Memory Practices and Schooling«, in: Journal of Educational Media, Memory and Society 7, S. 1-9.
- Mecheril, Paul (2010): »Migrationspädagogik. Hinführung zu einer Perspektive«, in: Paul Mecheril/Maria Mar Castro Varela/Inci Dirim/Annita Kalpaka/Claus Melter (Hg.), Migrationspädagogik, Weinheim/Basel: Beltz, S. 7-22.
- Meyer-Hamme, Johannes (2018): »Was heißt historisches Lernen? Eine Begriffsbestimmung im Spannungsfeld gesellschaftlicher Anforderungen, subjektiver Bedeutungszuschreibungen und Kompetenzen historischen Denkens«, in: Thomas Sandkühler/Charlotte Bühl-Gramer/Anke John/Astrid Schwabe/Markus Bernhardt (Hg.), Geschichtsunterricht im 21. Jahrhundert: eine geschichtsdidaktische Standortbestimmung, Göttingen: V&R unipress, S. 75-92.
- Popp, Susanne/Schönemann, Bernd (Hg.) (2009): Historische Kompetenzen und Museen (= Schriften zur Geschichtsdidaktik, Band 25), Idstein: Schulz-Kirchner.
- Raithelhuber, Eberhard (2008): »Von Akteuren und *agency* – eine sozialtheoretische Einordnung der *structure/agency*-Debatte«, in: Günther Homfeldt, Cornelia Schweppe, Wolfgang Schröer (Hg.), Vom Adressaten zum Akteur. Soziale Arbeit und Agency, Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, S. 17-46.
- Rüsen, Jörn (2013): Historik. Theorie der Geschichtswissenschaft, Köln: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Rüsen, Jörn (1983): Historische Vernunft. Grundzüge einer Historik I. Die Grundlagen der Geschichtswissenschaft, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Sauer, Michael (2014): »Sinnbildung über Zeiterfahrung« – eine Leerformel?«, in: Public History Weekly – The Open Peer Review Journal 2 vom 30.01.2014, [https://public-history-weekly.degruyter.com/2-2014-4/sinnbildung-ueber-zeiterfahrung/\(01.09.2021\)](https://public-history-weekly.degruyter.com/2-2014-4/sinnbildung-ueber-zeiterfahrung/(01.09.2021)).